Donnerstag, 17. August 1922 • 51 Jahrgang. Abend-Ausgabe Einzelnummer 2 M.

Berliner Tageblatt

Nr 366 und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

„Kampfstimmung" in Bayern.

Die Haltung der Koalitionsparteien.

Rücktritt Lerchenfelds?

München, 17. August. (Mtb.)

Die Verhandlungen in München über das Berliner Protokoll sind in ein Stadium getreten, das in politischen Kreisen im mindesten als schleichende Krise betrachtet wird. Die Beratungen des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei, die erst Mittwoch nacht gegen 12 Uhr zu Ende gingen, endeten mit der Annahme einer Entschließung folgenden Wortlauts: „Unter voller Anerkennung der Bemühungen der bayerischen Unterhändler muß der Landesausschuß sein Bedauern aussprechen, daß durch das geringe Maß von Entgegenkommen seitens der Reichsregierung die Vereinbarungen vom 11. August 1922 nicht alles erhalten, was zur Sicherung und Wahrung der staatlichen Selbständigkeit und der Hoheitsrechte unseres Landes verlangt werden muß. Der Landesausschuß bedauert, daß dieses Ziel noch nicht erreicht werden konnte, und hofft, daß es gelingt, die noch bestehenden Bedenken zu beseitigen. Der Landesausschuß hält es für selbstverständlich, daß bis dahin die Verordnung der bayerischen Regierung vom 24. Juli in Kraft bleibt, und daß der Kampf für eine baldige Aufhebung der Schutzgesetze sowie für die Sicherung und Erweiterung der bayerischen Hoheitsrechte fortgeführt wird.

Der Wortlaut des Beschlusses des Landesausschusses der Bayerischen Mittelpartei sagt: „Der Landesausschuß der Bayerischen Mittelpartei (Deutschnationale Volkspartei in Bayern) erachtet die Berliner Vereinbarungen für durchaus unannehmbar. Er erwartet, daß Parteileitung und Fraktion den Kampf gegen die Schutzgesetzgebung auf das entschiedenste fortsetzen und insonderheit die bedrohten Hoheitsrechte Bayerns mit der Entschiedenheit wahren werde."

Angesichts dieser Beschlüsse muß eine Verschärfung der Lage konstatiert werden, da sich beide Parteien für die Aufrechterhaltung der bayerischen Verordnung gegebenenfalls auch über den 24. August hinaus bis zur Beendigung der Verhandlungen ausgesprochen haben, die mit der Reichsregierung erneut gepflogen werden sollen. Die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei und der Bayerischen Mittelpartei und Deutschen Volkspartei traten heutigen Donnerstag, vormittags 9 Uhr, im Landtag erneut zu Beratungen zusammen, um die Richtlinien für die neuen Verhandlungen festzulegen. Da die Beschlüsse beider Parteien den Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld bis zu einem gewissen Grade desavouieren, müßte immerhin mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Graf Lerchenfeld in der Sitzung des Ministerrats, die sich heute mittag oder Freitag vormittag an die Beratungen der Parteien anschließen wird, seinen Rücktritt erklärt; jedoch kann mit dem Rücktritt als feststehende Tatsache noch nicht gerechnet werden. Aus Kreisen der bayerischen Mittelpartei wird mitgeteilt, daß Justizminister Dr. Gürtner seine Unterschrift lediglich unter dem Vorbehalt der Zustimmung seiner gesamten Fraktion erteilt hat, so daß in dem Beschluß der Mittelpartei, mit dem der Justizminister völlig einig geht, dessen Desavouierung nicht erblickt werden könne.

Die heutige interfraktionelle Besprechung.

Noch kein Ergebnis.

(Telegramm.)

München, 17. August. (Mtb.)

Die interfraktionellen Besprechungen, die sich an die Beratungen der einzelnen Fraktionen der Koalitionsparteien am heutigen Vormittag anschlossen und an denen auch der Ministerpräsident sowie einzelne Minister teilnahmen, wurden gegen 1 Uhr mittags zunächst ohne Ergebnis abgebrochen; sie sollen nachmittags 4 Uhr fortgesetzt werden.

*

Das übrige Deutschland wird in aller Ruhe abwarten können, zu welchem Ergebnisse die bayerische Koalition und die bayerische Regierung gelangt. Der Empfindung allerdings muß man schon heute Ausdruck geben, daß es im ganzen nichtbayerischen Deutschland und gewiß auch in weiten Kreisen Bayerns völlig unverständlich und völlig unbegreiflich ist, wenn in einer außenpolitischen Situation, wie der jetzigen, deren Gefahren soeben noch der Kanzler der ganzen Welt eindringlich vor Augen geführt hat, von bayerischen Deutschnationalen und bayerischen Volksparteilern der entschiedenste Kampf gegen die Reichsregierung gepredigt wird.

Die Rede Wirths.

In London ist über das deutsche Moratoriumsgesuch verhandelt worden, ohne daß Deutschland selbst an der Erörterung dieser lebenswichtigen Frage teilnehmen konnte, und wenn jetzt die Reparationskommission einen deutschen Vertreter anhören will, so ist auch das nur ein sehr mäßiges Zugeständnis an die Gerechtigkeit und die Vernunft. Es wäre sehr bedauerlich gewesen, wenn die Reichsregierung sich ganz hätte ausschalten, sich in den Schweigewinkel hätte drängen lassen, und sich mit der Rolle eines geduckten Kostgängers begnügt hätte, der alles, jede unwahre Beschuldigung und jeden Backenstreich, demütig hinnehmen muß. Wenn Deutschland sich auch in der denkbar schwersten Not befindet, so gedenkt es doch keineswegs sich in gefälligem Schweigen vor demjenigen zu beugen, der mit seiner politisch unzurechnungsfähigen Gefolgschaft ein Hauptverheer und der Bereiter dieser Notlage ist. Alle Drohungen und alle Rachealte ändern daran nichts. Wir begrüßen es mit Genugtuung, daß der Reichskanzler Dr. Wirth gestern die in Berlin weilenden ausländischen Pressevertreter zu sich eingeladen und vor ihnen die Unwahrheiten des Herrn Poincaré mit deutlicher und einwandfreier Wahrheit beantwortet hat. Wir konstatieren mit besonderer Befriedigung die Klarheit, den nicht verhaltenen Ton der Ehrlichkeit, die kaum verhaltene Empörung und die zugleich ruhige Festigkeit, mit der das geschehen ist. Der Berliner Korrespondent des „Daily Telegraph" meldet seinem Blatte, der aufrichtige Ernst der Wirthschen Aeußerungen habe auf die dreißig bis vierzig anwesenden ausländischen Journalisten einen starken Eindruck gemacht. Diesen starken Eindruck werden gewiß auch alle unbefangenen, unverblendeten Leser der großen Weltpresse empfangen.

Herr Poincaré hat behauptet, Deutschland habe systematisch die Mark entwertet, und er hat sogenannte „Beweise" dafür angeführt. Der Reichskanzler hat ganz einfach, nur auf Grund der Tatsachen, gezeigt, wie die zerstörende Politik des Herrn Poincaré die Markkatastrophe verursacht hat, und er hat weiter gezeigt, wie die „Beweise" des Herrn Poincaré beschaffen sind. „Kein wahres Wort" ist an der Behauptung des Herrn Poincaré, Deutschland habe „der Tschechoslowakei eine Anleihe von vier Milliarden angeboten", und ebenso ist die Behauptung, Deutschland habe „Banken in Dänemark, Rumänien und Holland gegründet, mit der Absicht, den Verkauf der Mark im Auslande zu erleichtern", eine Unwahrheit. Was sagt die Welt zu der Leichtfertigkeit, mit der in einer so ungeheuer wichtigen Konferenz der französische Ministerpräsident — in der Hoffnung, daß ihm nicht widersprochen werden würde — seine Argumente auswählt, und läßt das nicht erkennen, was auch sonst von seinen Behauptungen, von seinen Unschuldsbeteuerungen in der Vorkriegsfrage und von seinen Protesten gegen den Vorwurf imperialistischen Ränkeschmiedens, gehalten werden muß? Herr Poincaré forderte unter dem Vorwande, daß nur so die Herstellung giftiger Gase verhindert werden könne, eine Beteiligung von sechzig Prozent an der deutschen chemischen Industrie. Dr. Wirth hat auf dieses Manöver hingedeutet, mit dem man nur die deutsche Konkurrenz beseitigen wolle, und jeder sieht ja wohl, daß der Advokat Poincaré nur, um seinen industriellen Auftraggebern ein glänzendes Geschäft auf Kosten der Deutschen zu verschaffen, sich seiner Giftgase bedient. Mit begreiflicher Erregung sprach der Reichskanzler von der skandalösen Vertreibung der deutschen Männer und Frauen aus Elsaß-Lothringen, von diesem „Krieg gegen Wehrlose", der ein Schandfleck für eine Nation ist, die so gern wie keine zweite die Worte „Recht" und „Humanität" gebraucht. Im Namen dieser Humanität und dieses Rechts, von dem die anderen so viel reden, protestierte Dr. Wirth gegen diese Taten einer blinden, sinnlosen Rachewut.

Diese Sinnlosigkeit und Blindheit sind, wie aus den Darlegungen Dr. Wirths noch einmal scharf hervorkrat, das Kennzeichen der heutigen französischen Politik. Der Reichskanzler hat an die Rede Rathenaus in Genua erinnert, die den wahren Weg zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas zeigte, und er hat damit verglichen, was von seiten des Herrn Poincaré und des offiziellen Frankreich verübt worden ist. Herr Poincaré und seine Leute haben „die internationale Anleihe zerschlagen, die allein Frankreich schnell in den Besitz großer Barmittel hätte bringen können". Deutschland wird ruiniert, verelendet, kann sein Volk nicht mehr ernähren, seine dringendsten Kulturaufgaben nicht mehr erfüllen, aber Frankreich gewinnt nichts, absolut nichts. Allerdings, wenn es nichts gewinnt, so behält es, indem es diese Politik verfolgt, doch eine Hoffnung: die Hoffnung auf die Zerstörung des Deutschen Reiches, auf den deutschen Zerfall. In England, in Italien, in den neutralen Ländern wird man, wie wir es wissen, daß der französische Imperialismus, der Imperialismus des Herrn Poincaré und des bloc national, dieses Ziel unablässig verfolgt, und weil man das in London genau erkannte, scheiterte die Konferenz. Die Reparationsforderungen sind immer nur die vorgeschobene Wand, hinter der ganz andere Pläne stehen. Ueberall, in Deutschland und im Auslande, ist man von der Notwendigkeit, diese französischen Pläne nicht zur Reife gedeihen zu lassen, überzeugt. Und um diese Notwendigkeit scheint man sich nur nicht in einem, von besonders „nationalen" Geistern beherrschten Lande zu bekümmern das Bayern heißt.

Der Reichskanzler hat die Stimmung und das Elend der deutschen Bevölkerung, gezeichnet und erklärt, daß Deutschland keine Goldzahlungen weiter leisten könne und daß es die oberste Pflicht des Staates heute sei, dem Volke das Unentbehrliche zu sichern: das tägliche Brot. Das ist eine Selbstverständlichkeit, und es ist eine Pflicht, die man auch in den „nationalen" Kreisen Münchens und Oberbayerns begreifen sollte, eine Regierung zu unterstützen, die, umgeben von Gefahren, die Ansprüche der Poincaré und Genossen zurückweist und dem Volke das Erste und Nächste und Notwendigste, die Kraft zum Leben, zu erhalten sucht.

Ein deutscher Vertreter vor der Reparationskommission.

Die Sitzung um ein bis zwei Tage verschoben.

Belgiens Haltung. — Die Hoffnungen auf eine neue Alliiertenkonferenz.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 17. August.

„Die Reparationskommission wird nicht, wie ursprünglich gemeldet, heute, sondern frühestens morgen oder übermorgen zusammentreten, um über das deutsche Moratoriumsersuchen Beschluß zu fassen. Sie wird gemäß Artikel 234 des Friedensvertrages vor Eintritt in die Beratungen einem Vertreter der deutschen Regierung Gelegenheit geben, den deutschen Standpunkt bzw. die Gründe für das Moratoriumsgesuch darzulegen. Die „Oeuvre" wissen will, soll mit dieser Mission bereits der ehemalige Staatssekretär Bergmann betraut worden sein. In unterrichteten Kreisen rechnet man mit einer drei- bis viertägigen Dauer der Beratungen.

Die Berichte der Morgenblätter enthalten nur wenig Einzelheiten über den Verlauf des gestrigen Ministerrates. Der „Matin" glaubt, die Regierung habe, im Falle eines den französischen Wünschen zuwiderlaufenden Beschlusses der Reparationskommission, die Absicht, in Anbetracht der ungenügenden Lieferungen an Holz und Kohlen unverzüglich den Antrag auf Konstatierung vorsätzlicher Nichterfüllung des Vertrages durch Deutschland stellen zu lassen. „Le Petit Parisien", so fügt das Blatt hinzu, werden selbst für den Fall, daß das Moratorium nicht bewilligt würde, die Schwierigkeiten keineswegs behoben sein, denn bei der Abstimmung über die Feststellung einer schuldhaften Nichterfüllung würde bei Stimmengleichheit der französische Antrag als abgelehnt zu gelten haben." Es sei anzunehmen, daß die französische Regierung gestern mit dieser Eventualität, sowie mit der Möglichkeit einer dauernden Uneinigkeit innerhalb der Reparationskommission gerechnet habe, die zu einer völligen Aktionsunfähigkeit dieses Organs führen könnte. Es sei dies die unausbleibliche Folge davon, daß eines der permanenten Mitglieder nur beratende Stimme habe. Der Friedensvertrag habe diesen Fall nicht vorgesehen und sei deshalb in diesem Zusammenhange nicht anwendbar.

Der „Oeuvre" erörtert weiter die von uns bereits gestern mitgeteilten Eventualitäten, die sich innerhalb der Reparationskommission ergeben können: 1. Glatte Ablehnung des deutschen Ersuchens; 2. Bewilligung des Moratoriums unter den gleichen oder ähnlichen Bedingungen, wie sie Poincaré in London gefordert hat; 3. Ablehnung des Moratoriums aber gleichzeitige Ablehnung der als Bedingung für das Inkrafttreten neuer Sanktionen erforderlichen Feststellung einer schuldhaften Nichterfüllung für den Fall, daß Deutschland nicht bezahle. 4. Bewilligung des Moratoriums gegen die Stimme Frankreichs. Sollte es zu einer Entscheidung der unter 3. und vier genannten Art kommen, so werde Poincaré wahrscheinlich der Ansicht Ausdruck geben, daß die Kommission mit der Weigerung, ein vorsätzliches Verschulden festzustellen, den Friedensvertrag verletzt habe, und sich für berechtigt halten, für Frankreich volle Handlungsfreiheit zu reklamieren. Diese werden, so fährt das Blatt fort, nur sehr beschränkter Natur sein können. Die von Poincaré in London verlangten Garantien und Pfänder seien zu groß und nur unter Mitwirkung der Alliierten durchführbar. Frankreich könne für sich allein weder Ein- und Ausfuhrabgaben erheben, noch die Zollgrenze am Rhein und an der Ruhr errichten. Das einzige, was es allein zu tun vermöge, sei, die Hand auf die in seinem Besatzungsbereich liegenden Wälder zu legen und diese für seinen Bedarf auszubeuten. Die Einnahme, die daraus zu erwarten wäre, würde im günstigsten Falle 60 bis 100 Millionen Goldmark jährlich betragen.

Mehrere Blätter geben der angeblich auch in maßgebenden Kreisen geteilten Hoffnung Ausdruck, daß die englische Regierung ihre Haltung modifizieren, und daß die Vertreter Englands und Italiens in der Reparationskommission in der Frage der Garantien Konzessionen machen werden. Der Brüsseler Korrespondent des „Petit Parisien" will wissen, daß der belgische Vertreter in der Reparationskommission von seiner Regierung Instruktionen erhalten habe, gegen das Moratorium zu stimmen. In offiziellen Brüsseler Kreisen ist man ferner der Auffassung, daß die Ablehnung des deutschen Gesuches zu gleicher Zeit die Konstatierung der Nichterfüllung des Vertrages von seiten Deutschlands bedeuten würde.

London, 17. August. (W. T. B.)

Der Pariser Sonderberichterstatter der „Daily Chronicle" schreibt, in manchen politischen Kreisen werde der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß, wenn die Reparationskommission die endgültige Abstimmung über die Frage der Gewährung eines Moratoriums an Deutschland vornehme, sich Stimmengleichheit ergeben und ein vorläufiger Stillstand entstehen werde. Auf diese Weise würde den Alliierten die Notwendigkeit einer neuen Konferenz vor Ende des Jahres vor Augen geführt werden, auf der das gesamte Problem der Reparationen und der interalliierten Schulden gründlich erörtert und geregelt werden könnte. Amerika würde zu dieser Konferenz eingeladen werden, die, wie vorgeschlagen werde, im November in Brüssel stattfinden solle.

Der britische Parteiführer Clynes sagte in einer Rede in Leamington, der Zusammenbruch der Konferenz sei für Europa beklagenswert und ernst. Reparationen könnten durch Unterdrückung oder verschwenderische militärische Operationen nicht erzielt werden, auch nicht durch Gebietsannexionen oder ernste Einmischung in die inneren Verhältnisse Deutschlands. Reparationen seien nur möglich, wenn Deutschland gedeihe und von der Drohung einer wirtschaftlichen „Bestrafung" oder politischen Auflösung befreit werde.

Der Korrespondent des „New York Herald" in London schreibt, daß in englischen offiziellen Kreisen erklärt wird: **Ein separates Vorgehen gegen Deutschland von seiten Frankreichs würde von der englischen Regierung als ein feindlicher Akt betrachtet werden und zu einem endgültigen Bruch der Entente führen.** Hervorragende Finanzleute hätten der englischen Regierung mitgeteilt, daß eine getrennte Aktion eine noch nie dagewesene Katastrophe in Europa hervorrufen würde. (Siehe auch Seite 2.)

*

Wie wir hören, liegen an Berliner amtlicher Stelle noch keine Meldungen darüber vor, ob und wann die Anhörung deutscher Vertreter vor der Reparationskommission erfolgen soll.

Poincaré beharrt auf seinem Standpunkt.

Auch im Falle eines Mehrheitsbeschlusses — Die Pfänderforderungen. — Die „Handlungsfreiheit". — Zunächst keine militärischen Sanktionen.

Paris, 17. August. (W. T. B.)

Die Agence Havas" verbreitet eine offizielle Auslassung zur bevorstehenden Beratung der Reparationskommission über das deutsche Moratoriumsgesuch. Darin heißt es, entweder lehne die Reparationskommission das Moratorium mit Stimmengleichheit ab, und die Stimme des Vorsitzenden, des französischen Delegierten Dubois, gebe dabei den Ausschlag; auf diese Weise würde die französische Auffassung volle Befriedigung erzielen, und das Deutsche Reich würde wahrscheinlich, wenigstens für einige Monate, seine verpflichtungen erfüllen (!): oder die Reparationskommission bewillige Deutschland ein Moratorium mit den von der französischen Regierung als befriedigend angesehenen Pfändern, namentlich der deutschen Staatsgruben und Staatswälder. Diese Möglichkeit sei nicht ausgeschlossen, da die Reparationskommission nicht notwendigerweise an die Haltung der Regierungen gebunden sei. In diesem Falle würden von französischer Seite ebenfalls keine Einwendungen vorgebracht werden. Endlich aber: **Würde die Reparationskommission ein Moratorium trotz formellen Widerstandes des französischen Delegierten bedingungslos bewilligen, so könnte natürlich von der französischen Regierung eine derartige Entscheidung nicht angenommen werden.** Tatsächlich glaube Poincaré, daß die britische Regierung ihm mit ihren Vorschlägen darin recht gegeben habe (?), daß Deutschland ein großer Teil der Verantwortung für seine jetzige kritische Lage treffe. Infolgedessen würde diese Tatsache allein schon die Alliierten berechtigen, neue Pfänder von Deutschland im Austausch für die neue Konzession zu verlangen, die in der Bewilligung eines erneuten Zahlungsaufschubs liege Aber noch mehr. Deutschland befinde sich im Zustande unbestreitbarer Verfehlung hinsichtlich der Holz- und Kohlenlieferungen. Unter diesen Umständen könne die französische Regierung es nicht dulden, daß es ihr im Wiederaufbaugebiet wegen des schlechten Willens (!) Deutschlands an Bauholz fehle, und sie würde es vorziehen, durch ihre eigenen Mittel die staatlichen Forsten auf dem linken Rheinufer ausbeuten zu lassen. **Die französische Regierung würde also nur nach der Entscheidung der Reparationskommission handeln und nur wenn sie nicht der Gerechtigkeit entspräche (!), wenn sie den Geist oder den Buchstaben des Vertrages verletzte, namentlich aber, wenn die Kommission sich weigerte, eine bestimmt vorhandene Verfehlung Deutschlands festzustellen; dann würde die französische Regierung zur Handlungsfreiheit zurückkehren, um aus eigener Initiative in Deutschland die wirtschaftlichen und finanziellen Kontrollmaßnahmen anzuwenden, die sie im Rahmen ihrer Londoner Vorschläge als notwendig bezeichnet habe.**

Eine neue Zusammenkunft des Ministerrats zur Festlegung dieser Maßnahmen sei nicht in Aussicht genommen. Das Wort habe jetzt die Reparationskommission allein. Havas fügt hinzu, der Ministerrat habe nach seiner Kenntnis die Eventualität militärischer Maßregeln nicht geprüft; es sei auch im Gegensatz zu einem gestern im Umlauf befindlichen Gerüchte falsch, daß die französische Regierung daran gedacht habe, Marschall Foch und General Degoutte nach Rambouillet zu berufen.

Die Pariser Ausgabe der „Daily Mail" meldet, daß in dem unwahrscheinlichen Falle, daß Belgien in der Reparationskommission nicht mit Frankreich stimme und infolgedessen der englisch-italienische Antrag in der Reparationsfrage durchdringe, der Vertreter Frankreichs, Louis Dubois, von seiner Regierung den Auftrag erhalten würde, aus der Kommission auszuscheiden. Diejenige Person jedoch, die die Reparationskommission mit aller Wahrscheinlichkeit verlieren werde, sei ihr Vizepräsident John Bradbury, der seit Abschluß des Friedensvertrages in der Kommission tätig ist. Bradbury gab seinen Freunden seit langem bekannt, daß er sich aus der Kommission zurückziehen wolle. Er findet die Tätigkeit dort sehr schwer und aufreibend. Seine normale Amtszeit geht im November zu Ende. Wenn bei der bevorstehenden Abstimmung gegen den englischen Vertreter entschieden würde, so sei es klar, daß Bradbury demissionieren werde. Die „Maily Mail" schließt, daß Poincaré erst nach der Abstimmung in der Reparationskommission seine endgültigen Pläne wegen der Sonderaktion bekanntgeben würde. Die „Daily Mail" glaubt weiter zu wissen, daß die etwaige Aktion, die der französische Ministerpräsident Deutschland gegenüber unternehmen würde, in der Beschlagnahme aller deutschen Einkünfte im besetzten Gebiet bestehen würden, ferner in der Sequestrierung der deutschen Staatsbergwerke im Ruhrgebiet und der Staatswaldungen auf dem linken Rheinufer. Zu derartigen Operationen brauchen keine Truppenkörper aufgeboten zu werden, auch eine ausgedehntere Besetzung des Ruhrgebietes würde vielleicht nicht einmal notwendig sein. Man erklärt, daß französische Truppen gegenwärtig alle Ausgänge von wirtschaftlicher Wichtigkeit aus dem Ruhrgebiet besetzt halten. Infolgedessen könnten sie eine derartige Beschlagnahme vornehmen, ohne daß sie auch nur eine Meile in das Ruhrgebiet einzumarschieren brauchten.

Die französische Schuld in Amerika.

Die Bezahlung abhängig von den Reparationen. — Auf Jahrzehnte hinaus keine Zahlungsbereitschaft.

Paris, 17. August. (E. P.)

Der „Chicago Tribune" zufolge teilte die französische Regierung vor einigen Tagen der amerikanischen Regierung offiziell mit, daß die Bezahlung der Schulden oder Zinsen an Amerika von den deutschen Reparationszahlungen abhängig sei. Frankreich werde aber nicht die Zahlungen an Amerika wieder aufnehmen, wenn die deutschen Reparationszahlungen wieder einsetzen, sondern erst dann, wenn es vollständig in den Besitz der 90 Milliarden Papierfrancs gelangt sein werde. die Frankreich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete an Selle Deutschlands schon ausgegeben habe. Das Blatt schreibt, dies würde bedeuten, daß Frankreich während 40—50 Jahren nichts an Amerika zahlen wolle. Die amerikanische Schuldenkommission soll Parmentier vor einiger Zeit ersucht haben, einen bestimmten Vorschlag über die Bezahlung der französischen Schulden zu machen. Die französische Regierung ließ durch Parmentier erklären, daß sie einen bestimmten Vorschlag nicht vor 2 Jahren machen könne. Die Schuldenkommission ersuchte daraufhin um eine bestimmtere Antwort. Die französische Regierung erteilte darauf eingangs genannte Antwort.

Die Konferenz der kleinen Entente in Marienbad.

Die Beratungsgegenstände.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Belgrad, 17. August.

In Begleitung des Königspaares reiste heute Ministerpräsident Paschitsch von Veldes direkt nach Marienbad, wo am 26. August eine Konferenz der Vertreter der Staaten der kleinen Entente stattfindet. Jugoslawien wird auf der Konferenz Paschitsch und der Außenminister Ninschitsch, Rumänien der Ministerpräsident Bratianu und der Außenminister Duca vertreten. Man erwartet die Ankunft eines polnischen Vertreters, um so mehr, als der polnische Außenminister Naratovits unlängst einem Journalisten erklärte, daß auch er in Marienbad anwesend sein werde. Die Konferenz der kleinen Entente wird die in Belgrad während der Hochzeitsfeierlichkeiten begonnenen Arbeiten fortsetzen und vollenden. Des weiteren wird über die Stellungnahme der kleinen Entente bei den Debatten des Obersten Rates und der Botschafterkonferenz bezüglich der Aufnahme Deutschlands und Ungarns in den Völkerbund beraten, und auch die Frage des Eintritts Griechenlands in die kleine Entente besprochen werden. Vor der Konferenz findet eine Zusammenkunft zwischen Paschitsch und Benesch statt. Zwischen ihnen wird über die Militärkonvention und den Handelsvertrag Jugoslawiens mit der Tschechoslowakei verhandelt werden, die sich beide in ihrer bisherigen Form als nicht zureichend erwiesen haben, was bei ihrer Anwendung konstatiert wurde. Man wird daher über eine Erweiterung der Konvention und des Handelsvertrages verhandeln. Die Konferenzen in Marienbad sind nach alledem von großer Wichtigkeit.

Vor neuen Tariferhöhungen.

Staatssekretär Stieler im Reichseisenbahnrat.

In der heutigen ersten Sitzung des Reichseisenbahnrats führte Staatssekretär Stieler, der vom Reichspräsidenten zum Vorsitzenden des Reichseisenbahnrats ernannt worden ist, ungefähr folgendes aus:

Im Vordergrund der Aufgabe des Reichseisenbahnrats stehe die Begutachtung der Tarifmaßnahmen der Verwaltung. Es werde in letzter Zeit so oft von Diktaturgelüsten des Reichsverkehrsministers gesprochen; solche Gelüste liegen ihm durchaus fern. Aber die gebotene rasche Entscheidung über die durch den Sturz der deutschen Währung notwendig werdenden Tariferhöhungen müsse eine Vorbereatung durch wirtschaftliche Körperschaften unmöglich machen. Der Minister lege aber den größten Wert darauf, das Gutachten des Reichseisenbahnrats zu allen grundsätzlichen Aenderungen des Tarifs rechtzeitig anzurufen. Staatssekretär Stiedler sprach alsdann die Bitte aus, die Reichsbahn doch mit demselben Maßstab zu messen, das man an große privatwirtschaftliche Unternehmungen anlege. Der Reichsverkehrsminister wisse ganz gut, wie schlimm kurzfristige Tariferhöhungen auf die deutsche Wirtschaft wirken. Niemand mute es aber etwa der Kohlenwirtschaft oder der Eisenindustrie zu, von solch raschen Erhöhungen ihrer Preise abzusehen.

Redner gab alsdann einen kurzen Ueberblick über die heutige Lage der Reichsbahn. **Der Verkehr betrage heute etwa 115 Prozent des entsprechenden Zeitpunktes des Vorjahres.** Mit Sorgen sehe die Reichsbahn dem Herbstverkehr entgegen. Saisontarife seien nur für Kali möglich gewesen, da nur an diesem ein gewisser Vorrat vorhanden war. Das Schmerzenskind sei die Kohlenversorgung. Die deutsche Kohlenproduktion liefere der Reichsbahn entgegen der Zusage des Reichskohlenkommissars nur zwei Drittel des Tagesbedarfs. Die Bevorratung mit englischer und mit Saarkohle sei mißlungen, heute schon müsse diese fremde Kohle zur Befriedigung der Tagesleistungen herangezogen werden. Diese fremde Kohle sei 400 mal so teuer als die deutsche Ruhrkohle vor dem Kriege und doppelt so teuer als die deutsche Kohle. Angesichts ihrer Kohlenbestände müsse die Reichsbahn die größte Sorge haben, ob sie den Herbstverkehr glatt überstehen werde. Was die Finanzlage der Reichsbahn anbelangt, so habe bekanntlich das erste Vierteljahr des Jahres 1922 nach den vorläufigen Feststellungen einen Ueberschuß ergeben. Die neueste Entwicklung der Mark, die hierdurch verursachte gewaltige Steigerung aller Preise, und als deren Folge auch der Gehälter und Löhne haben die Hoffnung des Reichsverkehrsministers, während des laufenden Vierteljahres das Wirtschaftsleben mit neuen Tariferhöhungen verschonen zu können, zunichte gemacht. Um nur einigermaßen die Ausgabensteigerung ausgleichen zu können, sei die Reichsbahn genötigt, den Gütertarif am 1. September um 50 Prozent zu erhöhen. Dieser Zuschlag werde in die organische Umarbeitung der Tarife auf den ersten Oktober einbezogen. Die Reichsbahn habe eine der allgemeinen Geldentwertung vorgreifende Tarifpolitik nicht betrieben. Die Bemühungen, die Ausgaben herabzusetzen, dürften nach der Seite ihres Erfolges nicht unterschätzt werden. Die Frage der Herbeiführung höherer Personalleistungen sei ganz unabhängig von der Frage ob Staatsbahn oder Privatbahn. Von der Reichsbahn verlange man mit Nachdruck eine Senkung ihrer Betriebskosten, während man sich ohne weiteres damit abfinde, daß die Leistungen im Bergbau nicht gesteigert werden können und daß die Kohlenpreise fortwährend erhöht werden müssen.

*

Im Reichsfinanzministerium haben heute vormittag die Verhandlungen mit den Vertretern der einzelnen Beamtenspitzenorganisationen über die Erhöhung der Gehälter der Beamten begonnen. Die Verhandlungen werden heute kaum zu Ende geführt werden können. Nach der Mitteilung einer Nachrichtenstelle haben die bisherigen Vorbesprechungen der Beamtenorganisationen und der freien Gewerkschaften diesmal zu einer Einheitsfront aller Beteiligten geführt. Innerhalb der Vertretungen der Beamten und Staatsarbeiter war man sich über die Höhe der aufzustellenden Forderungen anfänglich nicht einig, da von einer Seite eine monatliche Gehaltsaufbesserung der Beamten in Höhe von 5000 Mark, von gewerkschaftlicher Seite dagegen eine solche von 4000 Mark für notwendig gehalten wurde. Es gelang schließlich, ein Mittel zu finden, das den Beamten und den Arbeitern ungefähr eine gleiche Einkommenserhöhung bringen würde. Obwohl kaum mit der Tatsache zu rechnen ist, daß die Regierung diese von den Spitzenorganisationen aufgestellten Forderungen in vollem Umfange annehmen wird, muß doch damit gerechnet werden, daß die Aufwendungen, die das Reich für seine Beamten und Arbeiter zu machen haben wird, erheblich größer sein werden, als je zuvor.

Die Katalogennot.

Von [Nachdruck verboten.]

Marie v. Bunsen.

Man kann die Besucher der Sammlungen und Kunstausstellungen einteilen in jene mit und in jene ohne Kataloge. Die letzte Gattung ist die unvergleichlich größere und sie verachtet die andere; denn: „man weiß doch, was einem gefällt und nur darauf kommt es an; nicht auf die Namen". Es gehören jedoch alle Kunstkenner zur Minderheit, auch alle Kunstliebhaber, alle jene, denen die Kunst Beträchtliches im Leben ausmacht, alle jene, die für Kunstfreuden Opfer bringen.

Sehr viele von diesen müssen wegen der Preishöhe auf Kataloge, auf die von ihnen gewährte Auffassungshilfe und Gedächtnisstütze verzichten. Diese Not ließe sich vermindern und vermeiden. Einige Berliner Kunstausstellungen haben bereits ihre Kataloge abgeschafft, haben dafür Namen und Gegenstand an jedem Bild angebracht. Merkwürdigerweise nicht alle. Sonderbarerweise haben nicht alle Künstler eingesehen, daß der Zweck — die Oeffentlichkeit, die Möglichkeit sich bekannt zu machen, Kunstwerke zu verkaufen, überaus beeinträchtigt wird, wenn noch lange nicht einer unter 20 Besuchern Namen oder Gegenstand des Kunstwerkes erfährt! Heutzutage sind Kataloge keine Einnahmequelle, angeblich wird immer auf dieselben zugesetzt, um so mehr müßten die Künstler im ureigensten Interesse auf das Anbringen der notwendigen Notiz bestehen. Läßt die vornehme Akademie sich hierauf ein, braucht der Lehrter Bahnhof wirklich nicht auf dem alten, unzeitgemäßen Standpunkt zu verharren.

Auch in den Museen läßt sich die Notlage mildern. Im allgemeinen sind Namen und Gegenstand angebracht — keineswegs überall, und ruhig darf man sagen, daß diese Ausnahmen dadurch um ihre Wirkung gebracht werden. Wer kauft sich zum Beispiel den Sonderkatalog für die anziehende neue Simonsche Sammlung im Erdgeschoß des Kaiser-Friedrich-Museums: Sozusagen keiner, und so zusagen jeder geht infolgedessen ziemlich rasch und interesselos an den nur mit einer Nummer bezeichneten Kunstwerken vorbei. Lange vor dem Krieg war bereits ein Ausweg gefunden worden. Als erster hatte Brinkmann in Hamburg den betreffenden kurzen Abschnitt des Katalogs, auf Pappe gezogen, an jedem Gegenstand befestigt. Denn, er sagte sich, es kommt nicht darauf an, daß jährlich so und so viele Kataloge mehr oder weniger verkauft werden, es kommt jedoch darauf an, daß die vielen Tausende mit möglichstem Verständnis sich die Sammlung betrachten. Ebenso das Albertinum in Dresden. Jener erhobene Einwurf — der unästhetische Eindruck — wird durch das Dresdener Vorbild entkräftet. Wenn einer durch den kleinen grauen Zettel im Genuß dieser Schätze beeinträchtigt wird, tut er mir leid. Selbst Feinbesaitete vermögen sich auf eine griechische Bronze einzustellen, sich in diese zu versenken, wenn auch in unmittelbarer Nähe ein großes Plakat nach dem „Ausgang" weist und ein zweckmäßiges, aber unschönes weißes Porzellangefäß dicht neben dem Sockel ruht. Der Kultus der Aufmachung ist im Grunde recht wenig vornehm, ist eine kriegsgewinnlerhafte Ueberschätzung der Oberfläche, ist Fassadenpracht.

Selbstverständlich wollen wir nicht auf die wertvollen Handbücher, Kataloge und Führer unserer Staatssammlungen verzichten. Gerade in Berlin sollte immer wieder auf diese bei uns in ungewöhnlichem Maß dargebotene Anregung und Belehrung hingewiesen werden. Oft habe ich Ausländern und Auswärtigen die Justischen Kataloge der Nationalgalerie, den Mackowskyschen der Bildnisgalerie, den Kekuléschen unserer Antiken empfohlen, immer gaben sie bereitwillig den fast einzig dastehenden Reiz, die Bedeutung dieser Büchelchen zu.

Kekulés „Griechische Skulptur" ist mit Geschick von Bruno Schroeder neu herausgegeben worden, bringt manches bisher Unbekannte von allgemeinem Interesse. So die letzte Auffassung eines der herrlichsten Bildwerke der Erde, des Myronschen Diskuswerfers. Es wissen keineswegs alle, daß eine deutsche Bildhauerin, Marie Dihl in Friedenau, auf Grund jahrelanger Studien, unter anderem an einem griechischen im Diskuswerfen geübten Athleten, mit Hilfe von Archäologen eine überzeugende Lösung gefunden hat: Das unsere berühmte Cäsar-Büste allerdings antik ist (auch das wurde bestritten), aber nicht den Cäsar darstellt, wird viele schmerzen, daß das subtile Augustus-Relief als echt anzusehen ist, bietet keinen vollen Ersatz.

Allgemein wird über die Erschwerung geistiger Genüsse geklagt; noch sind unsere Museen an mehreren Tagen wöchentlich unentgeltlich geöffnet; mit ihren sorgfältig, liebevoll geschriebenen Handbüchern planmäßig unsere Museen zu besuchen, ist auch heute nicht kostspielig, bahnt das Verständnis an, vertieft die Freude.

Außerdem werde jedoch in allen Ausstellungen Name und Gegenstand, und ebenfalls bei den dauernden Sammlungen das im Katalog für notwendig Erachtete ausnahmslos angebracht. Denn weit wichtiger als der Vertrieb, weit maßgebender als der „harmonische Eindruck" ist die von den Museen gebotene Förderung.

Wir brauchen diese notwendiger als jemals zuvor.

Theaterchronik. In den Kammerspielen wird als nächste Erstaufführung Anfang September Strindbergs „Vater" mit Eugen Klöpfer und Agnes Straub in Szene gehen.

In den „Baumeister Solneß"-Aufführungen der Rotterbühnen werden neben Albert Bassermann Else Bassermann Falkenstein und Marr mitwirken. In „Hanneles Himmelfahrt" wird Waldemar Staegemann den Gottwald spielen. Zu Lothar Schmidts 60. Geburtstag wird „Der Unmoralische" zur Aufführung kommen. Ferner ist ein neuer „Angelo Cana": „Die schwarze Messe" zur Uraufführung angenommen.

lw. Strindbergs „Totentanz" im Kleinen Theater. Wenn man Strindbergs „Totentanz" zum vierten Male sieht, wundert man sich am meisten darüber, daß der Dichter ohne blaues Auge, wollte sagen: ohne lahmes Bein an der Hintertreppe vorbeikommt. Die Neueinstudierung der vorjährigen Aufführung im Residenztheater sollte das Kleine Theater der Kunst aufs neue zuführen. Statt Wegener sollte Hartau Partner der Triesch sein. (Wie in den besten Jahren jener Bühne, deren Ehrgeiz sich heute mit Kinoersatz zufrieden gibt.) Leider spielte nicht Ludwig Hartau, welcher der Aufführung erst Daseinsberechtigung gegeben hätte, den Edgar; Harry Moß, der Begleiter der Triesch bei ihrem Gastspiel in Hannover, sprang für ihn ein: Ein menschlich sympathischer Darsteller, mehr für diskret versonnene Charktere geschaffen, als für den Edgar, der naiv und beinahe gutmütig und ohne männlich vitale Dämonie war; mit einem Schuß Komödiantentum; aber nur anderen gegenüber, nicht — wie es sein müßte — auch gegen sich. Irene Triesch war in der letzten Aufführung stärker; im stummen Spiel und der steigernden Durchleuchtung des Wortes glich sie die berechnende Falschheit Alicens aus: diesmal ließ sie ein theatralisch schillerndes Feuerwerk abbrennen. (Daß man diese Frauenseele innerlich wahrer auffassen kann, zeigte zuletzt die schlichte Emilie Unda.) Paul Biensfeld ist als Kurt jetzt aktiver, als der Rolle und dem Gesamtwerk zuträglich ist.

Was planen die Berliner Bühnen für diesen Winter? Die Meinhard-Bernauerschen Bühnen planen: Im Theater in der Königgrätzer Straße Grillparzers „Jüdin von Toledo". Es folgen Hugo Wolfgang Philipps groteske Komödie „Clown Gottes". Cromelingks Komödie „Der Hahnrei", Stücklens Schauspiel „Einöds Tochter", ein neuer Sternheim, und auf der Kreisler-Bühne Gobineaus „Savonarola" sowie „Kapellmeister Kreißler II. Teil". Das Komödienhaus, das am 1. September mit Verneuils „Karussell" eröffnet wird, bringt Anfang Oktober ein neues Lustspiel von Bruno Frank „Die Henne im Korb", das Berliner Theater die Uraufführung der Schanzer-Welischschen Operette „Madame Pompadour". Musik von Leo Fall, mit Fritzi Massary.

Die West-Kammerspiele (Potsdamer-, Ecke Hauptstraße), die unter Leitung von Margarete Ebinger Mitte September eröffnet werden, haben u. a. Maeterlincks „Prinzessin Maleine", Otto Ernst Hesses „Bigamist" und Werke von Gerhart Hauptmann, Ibsen, Strindberg, Shakespeare vorgesehen. In den Hauptrollen werden, zum Teil als Gäste, Heinz Bernecker, Blandine Ebinger, Gertrud Eysoldt, Ilka Grüning, Rose Liechtenstein, Frieda Richard, H. H. v. Twardowsky, Ludwig Wüllner u. a. wirken.

Aus der Kunstwelt. Der Professor an der staatlichen Akademie für Kunst und Kunstgewerbe in Breslau, Hanusch, ist zum Direktor der Kunstschule für Textilindustrie in Plauen ernannt worden. — In der Kunstausstellung des Vereins Berliner Künstler, Bellevuestraße 3, ist eine Sonderausstellung für September in Vorbereitung, welche Werke eines großen Teiles von Künstlern des besetzten Gebietes, vornehmlich des Saar- und Moselgebietes, umfaßt.

Merkwürdige Anwälte.

Die Mörderorganisationen und die Anzeigepflicht.

Das Gesetz zum Schutz der Republik verpflichtet t, der von der Existenz einer Mörderorganisation oder n Mordplan Kenntnis erlangt zur Anzeige. Eine Ausne ist nur für Seelsorger, für Eltern, Kinder, Gatten und wister gemacht. Jetzt fordert wie die „Deutschnationale espondenz" mitteilt, der Reichsbund deutschionaler Anwälte und Notare für die Verger eine Ausnahme, verlangt „die sofortige Aufhebung r, die Ehre des Anwaltstandes verletzenden Bestimmung, hn zwingt, das Vertrauen seiner Volksgenossen zu täuschen richtet an alle Parteien des Reichstages die dringende erung, diesen unerhörten Mißgriff der Gesetzgebung unigst aufzuheben". Hierbei wird leider vollnen verschwiegen, daß auch nach § 139 des sstrafgesetzbuches jeder, der von einem Vorn eines Hochverrats, Landesverrats, Münzverbrechens, des, Raubes, Menschenraubes oder eines gemeingefährr Verbrechens Kenntnis erhält, bei Vermeidung von Geisstrafe zur Anzeige verpflichtet ist. Hier ist keine Ausne gemacht, weder für Seelsorger noch für die oben geten Angehörigen. Das Gesetz zum Schutze der Republik also hier im Sinne einer humaneren Rechtsfassung über das geltende Strafrecht weit hinaus. Es hr merkwürdig, daß diese deutschnationalen Anwälte, die r Pflicht zur Anzeige eines geplanten Raubes oder Münzechens anscheinend keine „ehrverletzende Bestimmung" keinen „unerhörten Mißgriff" erblicken, plötzlich so ndlich werden, wenn es sich um eine Mörderorganisation elt, die gegen den Bestand der Republik get ist.

nokraten und Volkspartei in Oldenburg.

ne Entschließung zur Frage der Arbeitsgemeinschaft.

f dem vierten ordentlichen Parteitag des Bezirksverbandes burg der Deutschen demokratischen Partei, der in burg stattfand, erfuhr man aus dem Tätigkeitsbericht der Landktion, den der Abgeordnete Schmidt-Jetel erstattete, ffantes aus den Verhandlungen über die Einbeziehung der schen Volkspartei, die in Oldenburg ganz auf Rechtseingestellt ist, in die seit 1919 bestehende Koalition. Für ihren tt hatte die Volkspartei die Bedingung gestellt, daß der ratische Ministerpräsident Tantzen von seinem Posten zurückwas die Demokraten natürlich, im Einvernehmen mit der en Koalition, ablehnten. Dennoch wird der Volkspartei der tt in die Regierung nach wie vor freigestellt, nur hätten die raten keinen Anlaß, sie dazu zu drängen. Der Landtagsn und dem Ministerpräsidenten Tantzen wurde das Ver-en ausgesprochen. Nachdem dann Reichsminister a. D. Koch ie Reichspolitik gesprochen hatte, wurde eine Reihe von Entngen einstimmig angenommen, darunter auch eine zur Frage rbeitsgemeinschaft. Darin wird der Reichstagsfraktion ber die Erwartung ausgesprochen, daß sie dem Gedanken der sgemeinschaft nur soweit folgt, als dadurch alle auf Boden der Republik stehenden Kräfte zu gesamer Arbeit zusammengefaßt werden. Eine Trennung egertum und Sozialdemokratie dürfe unter keinen Umen dadurch herbeigeführt werden oder gar das Ziel dieser sein. Eine weitere Entschließung fordert nachdrückliches Einder Reichstagsfraktion dafür, daß spätestens im kommenden die erste allgemeine Wahl eines Reichspräsidenten det. Ueber den Stand der Organisation wurde mitgeteilt, daß ufe des Jahres 1922 neue Ortsgruppen gegründet und einene wieder ins Leben gerufen wurden. Im Anschluß an den ag fand eine Verfassungsfeier statt, bei der Professor errmann und Reichsminister a. D. Koch sprachen.

eichspräsident Ebert begibt sich heute nachmittag in Beg des Reichsministers Dr. Köster zur Eröffnung der rseewoche nach Hamburg, von wo er voraussichtlich nnabend nach Berlin zurückkehren wird.

Die die „Telegraphen-Union" mitteilt, hat der frühere **Kron**in Wiieringen seine persönlichen „Erinnerungen aus schlands Heldenkampf" aufgezeichnet, die demnächst n mit zahlreichen Karten ausgestatteten Bande bei E. S. Mittler Sohn in Berlin erscheinen.

Ministerialdirektor Gottsteins Rücktritt. Der Direktor nisterium für Volkswohlfahrt Geheimer Sanitätsrat Professor olf Gottstein tritt in den Ruhestand. (Möglicherweise noch n 1. April kommenden Jahres, zu welchem Termin der Rückn Aussicht genommen war.) Gottstein ist 1857 in Breslau n und hat seit 1884 in Berlin ärztliche Praxis ausgeübt. Er 1906 Stadtrat und 1911 Stadtmedizinalrat in Charlottenseit 1919 war er Nachfolger Kirchners (als Direktor der Meabteilung des Ministeriums des Innern, später des Volksrtsministeriums). Noch als praktischer Arzt hatte er sich mit iologie beschäftigt und seine Studien 1897 unter dem Titel neine Epidemiologie" veröffentlicht. Besonders hat er die erie und den Scharlach zum Gegenstand von Untersuchungen . Später wandte er sich der Kommunalhygiene und dem hauswesen zu, worüber er sich in zahlreichen Einzelabhandgeäußert hat. In einer Arbeit „Die neue Gesundheitspflege" r die Aufgaben der modernen, angewandten Hygiene zu. Sehr verbreitet ist sein (gemeinsam mit Tugendreich gegebenes) Praktikum der sozialen Fürsorge. Gottstein ist an der Akademie für soziale Hygiene in Charlottenburg und ausgeber der Klinischen Wochenschrift.

Uebersiedlung des Folkwang-Museums nach Essen. ugebildete Kuratorium des Folkwang-Museums hat jetzt zum Male getagt: Neben der Stadt Essen und Stiftern ist darin e Familie des Gründers Osthaus vertreten; ferner gehören ichskunstwart und ein Vertreter des „preußischen Kultusiums" ihm an. Die Behandlung der Museumsfrage durch dt Essen läßt das Bestreben erkennen, das Hagener Museum r weit über das Oertliche hinausgehenden Bedeutung zu er- Die Stadt übernahm vertragsmäßig die Aufgabe, dem n eine würdige Unterkunft zu schaffen. Die Sammlungen wie wir erfahren, schon in den nächsten Tagen verpackt, ften im September in Essen eintreffen.

Paul Block und Rosa Bertens-Block haben am uft das Fest ihrer silbernen Hochzeit gefeiert.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der in der naturwissenschaftkultät der Universität Frankfurt a. M. neugegründete Lehr- physikalische Grundlagen der Medizin ist dem Honorarprofessor Dr. Friedrich Dessauer übertragen worden. philosophische Fakultät der Universität Bonn hat Professor rsberg in Saarbrücken dem verdienten Schulmann Forscher chichtsschreiber des Saarbrücker Landes die Würde eines Ehrender Philosophie verliehen. ordentliche Professor für theoretische Physik an der Universität . Dr. A. Sommerfeld, wird von September bis Januar er Wisconsin-Universität in Madison vor dem Kriege errichtete Schurz-Professur, die satzungsgemäß von einem Deutschen hen ist, übernehmen.

Nachklänge zum Killinger-Prozeß.

Der Kapitänleutnant und sein Bursche.

Der Befreiungsplan.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Offenburg, 16. August.

Das Urteil im Killinger-Prozeß hat mit Recht großes Aufsehen erregt. Nicht zuletzt dort, wo das Urteil gefällt worden war. Die Spatzen pfiffen es von den Dächern, daß vor dem Prozesse und während desselben nicht alles so gelaufen ist, wie es hätte sein sollen. So war bekannt geworden, daß der Angeklagte von Killinger im Untersuchungsgefängnis keine Not zu leiden brauchte. Sollen ihm doch allein an einem Tage zehn Flaschen Kirschwasser spendiert worden sein. Nach der Freisprechung kannte der Jubel in den Kreisen seiner Freunde keine Grenzen. Der Freigesprochene wurde, nachdem er den Gerichtssaal verlassen hatte, mit Blumen und Händedruck geehrt, wie man hier noch nie einen freigesprochenen Angeklagten geehrt hat. Als eine hiesige Zeitung an diesen Vorfällen und an anderen Umgehörigkeiten Kritik übte, wurde der Schriftleiter auf seiner Redaktion von einem ehemaligen Offizier, der den mit Killinger und seinem Anhang sympathisierenden Kreisen angehörte, mit Ohrfeigen bedroht.

Großes Aufsehen hat es auch erregt, daß seinerzeit das „Offenburger Tageblatt" große und wichtige Teile aus der gedruckten Anklageschrift veröffentlichte, lange bevor der Prozeß begonnen hatte. Entgegen sonstiger Gewohnheit war die Anklageschrift dem Blatte vom Staatsanwalt übergeben worden, wie es heißt, nur zur Information. In den letzten Tagen wurde die Schriftleitung dieses Blattes wegen Vergehens gegen den § 17 des Pressegesetzes zu der höchst zulässigen Geldstrafe von 1000 Mark verurteilt.

Ein weiteres Nachspiel hatte der Prozeß gegen v. Killinger in der letzten Woche vor dem hiesigen Schöffengericht. Als Angeklagter stand, wie schon kurz gemeldet, vor den Schranken der ehemalige Bursche v. Killingers, der 23jährige Willi Rabenschlag. Während dieses Prozesses wurde in der Oeffentlichkeit bekannt, daß Killinger während seiner Untersuchungshaft befreit werden sollte. Der Hauptmacher war dieser Bursche. Er war seinerzeit nach Auflösung der Marinebrigade Ehrhardt nach Elberfeld, seiner Heimatstadt, gezogen. Nach der Verhaftung v. Killingers reiste er nach Offenburg, wo in der Grabenallee Killinger in Haft saß. Rabenschlag brachte es fertig, von der Staatsanwaltschaft die Erlaubnis zu erwirken, seinen Herrn besuchen zu dürfen, und fabelte dann draußen bei Gesinnungsgenossen von dem entsetzlichen Körperschwunde und der Hungerkur, welche ein Führer der Geheimorganisation durchmachen müsse. Er brachte es dann weiter fertig, die Herren Generalmajor a. D. v. Chrismar zu Freiburg, Oberst v. Pilgrim in Karlsruhe, Schatzmeister der deutsch-völkischen Organisation, Major a. D. Hildenbrand in Oberkirch und bei dem vor einiger Zeit wegen schwerer Beleidigung der gesamten Beamtenschaft bestraften Major a. D. Fröhlich um Geld zu bitten, um angeblich die Kräfte des Herrn v. Killinger wieder zu restaurieren. Auf diese Weise gelang es ihm, diesen Herren fast 20 000 Mark abzunehmen. Die Anklage beschuldigt Rabenschlag, daß er im April und Mai dieses Jahres dem Major Hildebrand 1000 Mark und dem General v. Chrismar ebenfalls 1000 Mark abgeschwindelt haben soll. Der große Fang von 18 500 Mark ist aus einer Kasse gestossen, deren Verborgenheit man noch nicht entdecken konnte. Nun war es das Sonderbarste, daß die Herren Zeugen den § 54 der Strafprozeßordnung für sich in Anspruch nahmen, der einen Zeugen zur Verweigerung der Aussage berechtigt, falls er durch die Aussage sich der Gefahr strafrechtlicher Verfolgung aussetzt. So blieben einige wichtige Fragen, auf deren Beantwortung man hätte gespannt sein können, unbeantwortet.

In den letzten Monaten bot sich Rabenschlag dem Offenburger Untersuchungsrichter als Spitzel an, um festzustellen, wer die Geldgeber für die Erzberger-Mörder seien. Der Untersuchungsrichter ging auf den Vorschlag ein. Rabenschlag begründete seine Tauglichkeit mit dem Umstande, daß ihm ein Kurierdienst zwischen verschiedenen Personen und den Mördern angeboten worden sei. Er hatte, um seine Aussagen zu bekräftigen, zwei verschlossene Briefe bei sich, die er angeblich nach Konstanz verbringen müsse. Als er einen dritten Brief vorzeigte, wurde der Schwindler entlarvt, nachdem er bereits 1500 Mark aus der Staatsschatulle eingesteckt hatte. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis. Der Ankläger hatte fünf Monate beantragt.

Im Zusammenhang mit der Affäre scheinen auch Personalveränderungen bei der hiesigen Staatsanwaltschaft zu stehen. Seit dem 1. August ist der Erste Staatsanwalt Link, angeblich wegen Krankheit, in Urlaub gegangen und bald darauf folgte ihm auch Staatsanwalt Burger. Zur Vertretung wurde der Oberstaatsanwalt Nickel aus Heidelberg berufen, der den Prozeß gegen den Doppelmörder Siefert wegen Ermordnung der beiden Herforter Bürgermeister geführt hat. Es verlautet, daß mindestens ein Posten der Staatsanwaltschaft neu besetzt wird. In Zusammenhang mit dieser Personalverschiebung mag auch die Revision des Prozesses stehen, die noch nicht erledigt ist. Vor einigen Tagen erließ das badische Justizministerium in der Presse eine Kundmachung, daß das Ministerium nicht daran denke, seinen Einfluß auf die Offenburger Staatsanwaltschaft geltend zu machen, die Revision zurückzuziehen, wie in der Presse zum Ausdruck gekommen sei. Der Offenburger Staatsanwaltschaft sei hierin freie Hand gelassen.

* * *

Neue Verhaftungen in der Mordsache Rathenau

Mitwisser auf dem Wege nach Budapest festgenommen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Prag, 17. August.

Die tschechoslowakische Grenzpolizei in Hidasnemet verhaftete dem „Slovansky Vychod" zufolge am 11. August zwei junge Männer, die dorthin aus Hamburg ohne Paß gelangt waren. Es sind der 19 Jahre alte Elektrotechnischer August Fischer und der 19 Jahre alte Bankbeamte Hans Schust. Sie gehörten der Attentatsabteilung der Organisation C an, und als sie erfuhren, daß die Hamburger Polizei nach ihnen fahnde, flohen sie und wollten nach Budapest, wo sie in Sicherheit leben könnten. Sie erklärten, lieber Selbstmord begehen zu wollen, als nach Deutschland zurückzukehren. Schust gab zu, von den Vorbereitungen zu der Ermordung Rathenaus gewußt zu haben. Beide bleiben vorläufig in Haft. Die Preßburger Polizeidirektion hat um Informationen aus Prag nachgesucht.

*

Wie die „Innsbrucker Nachrichten" melden, ist der **Fabrikant Küchenmeister,** der Ende Juni in Delitz wegen Gestellung eines Autos zur Ermordung Rathenaus verhaftet worden war, in diesen Tagen vom Bezirksgericht Sitz dem Landesgericht Innsbruck überwiesen worden. Innsbruck ist bekanntlich jetzt der Aufenthalt des Kapitäns Ehrhardt und damit der Hauptsitz der Organisation C.

Der Weg zu sicherem Reichtum.

Eine Charakteristik des Direktors der „Ehrhardt-Bank."

Wie wir heute früh mitteilten, wehrt sich Herr Direktor Emil Schäfer, der Leiter der „Ehrhardt-Bank" in einer Zuschrift an die „Münchener Neuesten Nachrichten" gegen die Annahme, als sei mit seiner deutsch-ungarischen Bank irgend eine Unlauterkeit oder irgend eine politische Absicht verknüpft. Heute veröffentlicht die „Freiheit" einige Dokumente, die den Charakter des Herrn Direktors beleuchten. Herr Schäfer steht in Verbindung mit dem Pressechef des ungarischen Ministeriums des Aeußeren, Konsul Reich, und mit dem ungarischen Finanzminister von Hegedüs, dem er die Zusicherung gibt, er wolle „alle heute noch irre geleiteten Völker auf Ungarns Ordnung und die damit zusammenhängende billigere und bessere Lebenshaltung aufmerksam machen." Einem Herrn Karl Graf in Bülach (Kanton Zürich) schreibt er am 12. Mai 1921 unter anderem folgendes:

„Ich kann nur eines sagen, es stehen große Vermögen auf dem Spiel, und ich glaube Dir die größte Freundesdienst zu erweisen, eine Tat, wie ich sie größer wohl nie Gelegenheit habe zu tun. Lange Briefe darüber nützen nichts. Ich müßte 30 Seiten schreiben, und ich darf dies nicht, denn ich kann Dir alles nur durch einen Kurier übermitteln lassen und Du siehst, daß man auch da noch auf einen Gauner trifft, wie der Fall Wentel zeigt. . . . Was ich zur weiteren Erhellung der Frage tun kann, das ist, die Kopien von zwei Briefen, die ich heute nach Budapest sandte, hier beizulegen . . . in jedem Falle, auch wenn Kaul fehlschlägt, habe ich einen Weg gefunden, der Dich und mich zu sicherem großen Reichtum führt. Absolut sicher! Aber etwas würde es Dich halt doch kosten. Vorläufig ja nur die Reise des Kuriers und die Paßspesen, nachher, wenigstens für kurze Zeit, die Sicherung des Lebensunterhalts, denn ich weiß nun bestimmt, daß ich in wenigen Monaten wieder sehr reich bin, ja, ich habe es eigentlich schon schriftlich. Aber zurzeit weiß ich wirklich und effektiv nicht, wovon ich in 14 Tagen noch leben soll. Meine Uhr ist bereits versetzt, und so wird es weitergehen. Auch die letzten Wertschriften sind verpfändet. Ueberzeuge nun, ob Dir meine Aufrichtigkeit und meine Tat als Freund wenigstens so viel wert ist, den Kurier anzuhören. Dann drahte sofort und sende einen Scheck von mindestens 5000 Mark hier an meine Adresse."

Daß die Warnung vor Gaunereien in diesem Zusammenhang wirklich angebracht ist, beweist ein Urteil des Kriminalgerichts des Kantons Luzern (Schweiz) vom 20. Januar 1921, von dem die „Freiheit" ebenfalls Mitteilung macht. Das Urteil, das den Herrn Direktor Emil Schäfer wegen Betruges zu einem Jahr Zuchthaus und fünfzehn Jahren Landesverweisung bei sofortiger Verhaftung verurteilt, sagt in seiner Begründung: „Der Betrag (der Straftat) geht weit über 600 Francs hinaus, was in Verbindung mit der wirklich schamlosen Ausbeutung nach einer gehörigen Strafe ruft. Selbstredend darf die Landesverweisung nicht fehlen, denn Freunde, welche die Bürger des gastlichen Landes derart übervorteilen, gehören fortgewiesen zu werden. Der Beklagte ist ein Mensch, wie solche dem heutigen Zeitalter das häßliche Gepräge geben. Er kann den Erwerbstrieb nicht zügeln und wird so zum eigentlichen Gauner, der sich mit einer Frechheit an die Leute macht, die ihresgleichen sucht. Möge er diese Praktiken in seinem Lande probieren." Diesen Rat hat Herr Schäfer leider befolgt.

Das Moskauer Urteil und die Intellektuellen.

An die russische Regierung richtet Georg Brandes einen Appell, der gegen das Moskauer Todesurteil protestiert. Er erklärt: „Wenige nur haben so leidenschaftlich wie ich den Sturz der früheren Ordnung in Rußland angestrebt. Noch kleiner war die Zahl derjenigen, die zu gleicher Zeit mit mir die Befürchtung aussprachen, daß die russische Revolution keine wirkliche seelische Umwälzung hervorrufen, sondern nur den zaristischen Terror in entgegengesetzter Richtung mit denselben Mitteln fortsetzen würde: Mit politischer Spionage, politischen Verhaftungen und politischem Blutvergießen." Brandes warnt die Bolschewisten zum Schluß davor, aus der russischen Revolution eine neue Auflage der Zeiten Iwans des Schrecklichen zu machen. Auch eine große Anzahl von Gelehrten und Schriftstellern aus Deutschland, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Skandinavien, England, Spanien und Japan richtet einen Protest an die russische Sowjetregierung, der auf die Verantwortung hinweist, die die Regierung durch diesen Prozeß vor Rußland, wie vor der ganzen zivilisierten Welt auf sich geladen hat.

Politische Tagesschau.

* Der Reichsernährungsminister Fehr hat den Landesregierungen empfohlen, gegen die **Bestechung von Molkereiverwaltern** vorbeugende Maßnahmen zu treffen. Der Minister ist zu diesem Schritte durch eine Eingabe des Vereins gegen das Bestechungswesen veranlaßt worden, der sich durch den Nachweis, daß durch die Bestechlichkeit eines Teiles der Molkereiverwalter unentbehrliche Volksnahrungsmittel verteuert werden, ein Verdienst erworben hat.

*

* Der **Wirtschaftsausschuß des Reichswirtschaftsrats** versammelte sich heute zu einer Sitzung, in der über die wirtschaftliche Lage und insbesondere über die Frage der Anpassung der Ausfuhrabgaben an die Devisenlage beraten wurde.

*

* Feldmarschall **Hindenburg** wird am 21. August auf seiner Reise nach Oberbayern die Stadt München berühren. Die „Vaterländischen" Verbände planen, bei dieser Gelegenheit dem Feldmarschall eine Ehrung in Form einer Kundgebung vor dem Armeemuseum zu bereiten.

*

* Der Reichstagsabgeordnete Bazille hat, wie unser Stuttgarter **hn**-Korrespondent meldet, gegen die sozialistische „Schwäbische Tagwacht" Beleidigungsklage erhoben wegen eines Artikels, in dem der Ausdruck Rechtsbolschewist gebraucht worden ist. Die Verhandlung sollte am 18. August stattfinden, an welchem Tage auch der Untersuchungsausschuß seine erste Sitzung in der **Sache Keil—Bazille** abhalten wird. Auf Anregung beider Parteien soll die Verhandlung auf ein späteres Datum verlegt werden.

*

* Die **Lohnverhandlungen für den Fuhrkohlenbergbau** sind, wie unser Essener Korrespondent meldet, auf den 28. d. M. nach Berlin anberaumt worden. Nachdem die Vertreter der Arbeitnehmer die Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben haben, in Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Ueberschichtenabkommens zu treten, ist vom Reichskommissar in Dortmund als Termin hierfür der 21. August in Vorschlag gebracht worden. Von den Bergarbeiterverbänden wird jedoch Wert darauf gelegt, daß zuerst die Lohnfrage geregelt wird. Infolgedessen werden sich die Verhandlungstage wahrscheinlich etwas verschieben.

Valuta und Wertzuwachssteuer.

Berücksichtigung der Geldwertunterschiede.

Die Stadtverordnetenversammlung wird sich in ihrer ersten Sitzung nach der Sommerpause am 31. August mit einer Magistratsvorlage zu beschäftigen haben, die eine Abänderung der Wertzuwachssteuer bei Grundstücksverkäufen bezweckt. Wir haben schon wiederholt darauf hingewiesen, daß selbst ein sehr starkes Finanzbedürfnis der Stadt die Gleichsetzung der ehemaligen Goldmark mit der heutigen Papiermark nicht rechtfertigen kann. Aus der gleichen Erwägung heraus hat auch der Oberpräsident eine Berücksichtigung der Geldwertunterschiede zwischen Erwerbs- und Verkaufspreis gefordert. Die neue Wertzuwachssteuerordnung sucht diesem Unterschiede wenigstens bis zu einem gewissen Grade Rechnung zu tragen. Nach ihrem Vorschlag soll die Steuer auf den Wertzuwachs um die Hälfte ermäßigt werden, allerdings aber nur im Verhältnis des eigenen Kapitalsanteils an der Veräußerung. Soweit als Hypothekenkapital in Frage kommt, soll es bei den bisherigen Steuersätzen bleiben. Eine weitere Forderung des Oberpräsidenten ging dahin, daß der Verkauf von Hausgrundstücken einer Zuwachssteuer nicht unterworfen werden soll, wenn der Kaufpreis zum Neubau von Wohnungen ohne Inanspruchnahme öffentlicher Mittel wieder verwendet wird. Diese Forderung glaubte indessen der Magistrat ablehnen zu müssen. Jedenfalls wird die Magistratsvorlage eine gründliche Durchberatung erfordern. Bis zu ihrer Verabschiedung will sich die Aufsichtsbehörde damit einverstanden erklären, daß die jetzige Steuerordnung weiterbesteht.

*

Zwischen den Vertretern der Tarifkommission der städtischen Arbeitnehmer und dem Magistrat werden heute die ersten Verhandlungen über die neuen Lohnforderungen beginnen. Dem Drängen der städtischen Belegschaften folgend, hat sich das Lohnkartell ferner entschlossen, vom Magistrat die sofortige Auszahlung eines Vorschusses von 2000 Mark für jeden städtischen Arbeitnehmer zu fordern. Diese Frage soll nach dem Willen der Organisationen unter allen Umständen noch vor Eintritt in die eigentlichen Lohnverhandlungen geregelt werden.

Tragischer Tod eines Artisten. Im Vergnügungspark an der Schillings-Brücke hat sich gestern bei der Vorführung eines Artistentricks ein tödlicher Unfall ereignet. Ein Mann wirkte hier unter dem Kennwort „Margo, der Wühlmensch“. Er ließ sich vor den Zuschauern in eine Grube eingraben, um dann nach etwa 10 bis 15 Minuten unversehrt aus diesem Grabe emporzusteigen. Als dieser menschliche Maulwurf gestern seine Darbietung wiederholte, vergingen etwa 20 Minuten, ohne daß „Margo“ zum Vorschein kam. Man grub nach ihm, konnte aber nur noch den leblosen Körper des Artisten zutage fördern.

Höhere Preise für Schlafwagenkarten. Eine wichtige Neuordnung wird, wie die Reichszentrale für deutsche Verkehrswerbung mitteilt, im Vorverkauf der Bettkarten für Schlafwagen vom 1. September ab durchgeführt; bisher begann der Vorverkauf von Bettkarten sieben Tage vor Abgang des Zuges; diese Vorverkaufsfrist ist jetzt auf vierzehn Tage verlängert worden. Gleichzeitig werden die Preise der Bettkarten erhöht; sie betragen vom 1. September ab auf dem Gebiet der deutschen Reichsbahn (also in den staatlichen Schlafwagen wie auch in denen der Mitropa) in der 1. Klasse 500 Mark, in der 2. Klasse 250 Mark und für die Liegewagen der 3. Klasse 150 Mark; dazu tritt eine Vormerkgebühr für die im Vorverkauf bestellten Karten von 50 Mark in der ersten, 25 Mark in der zweiten und von 15 Mark in der dritten Klasse.

Kongreß des Deutschen Schachbundes. Im Meisterturnier in Oeynhausen wurde am 16. August die neunte Runde gespielt. Hilse gewann als Anziehender gegen Leonhardt, der ein grobes Ve[...] sehen gemacht hatte. Ferner waren im Anzuge siegreich: Schla[ge] gegen Gruber, Antze gegen Zander, Post gegen Wegemund, Wag[ner] gegen Krüger. Die Partie Heß—Carls kam nicht zu Ende; Car[ls] hat die besseren Chancen. Der Stand nach der neunten Runde i[st]: Wagner 5 (2), Leonhardt, Schlage 5 (1), Post 4½ (2), Antze 4½ ([...]), Krüger 3½ (2), Zander 3½, Carls 3 (3), Hilse 3 (2), Heß 3 (1), Wegemund 2½ (2), Gruber 2½ (1).

Wetterkatastrophen in der Schweiz.

Basel, 16. August. (T. U.)

Aus allen Teilen der Schweiz treffen Schadensmeldungen ein, d[ie] das jüngste Unwetter verursachte. Im Davoser und Albul[a]gebiet wurden ganze Forsten entwurzelt. Im Tessintal und im Gebiete des Lago Maggiore wütete das Unwetter besonde[rs] stark. In Bristago wurde eine Reihe von Häusern abgedeckt. A[uf] dem Vierwaldstätter See wütete ein solcher Orkan, daß selb[st] die größten Dampfer Mühe hatten, zu landen. Der Kulturschade[n] im ganzen Gebiet des Vierwaldstätter Sees geht in die Millione[n]. Auch in dem Graubünder Kanton ist der angerichtete Schaden nic[ht] weniger erheblich. Auf dem Bodensee kamen 15 Segeljachten, d[ie] an der Segelbootregatta teilnahmen, in Seenot.

Selbstmord des Raubmörders Blume. Aus Dresde[n] meldet unser ≋-Korrespondent: Der Raubmörder Blume, d[er] seinerzeit in Dresden verhaftet wurde, hat sich heute vormittag i[m] Untersuchungsgefängnis das Leben genommen. Trotz sor[g]fältigster Ueberwachung gelang es ihm, sich mit Hilfe einer Klin[ge] eines Rasierapparates beide Pulsadern zu öffnen.

Verantwortliche Redakteure: für innere Politik: Erich Dombrowski-Berlin-Lichterfelde; [...] auswärtige Politik: Josef Schwab-Berlin; für Lokales, Vermischtes, Gerichtszeitung und Sp[...] Arno Arndt-Wilmersdorf; für das Feuilleton: Erich Vogeler-Tegel; für den Rom[...] Fritz Engel-Schöneberg; für die Handelszeitung: Dr. Felix Pinner-Wilmersdorf; für den übr[igen] Teil des Blattes: Albert Pilz-Charlottenburg; für die Inserate: Heinrich Baron, Schöneber[g]. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin. Hierzu 1 Beiblatt.

Berliner Fonds-Börse 17. August 1922. — Fest. — Dollar ca. 1035.

An der heutigen Börse war die Tendenz weiter fest. Publikum und Börsenspekulation waren aus ihrer in den letzten Tagen beobachteten Zurückhaltung teilweise hervorgetreten. Die weitere starke Aufwärtsbewegung der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel führte den favorisierten Märkten weitere Käufer zu. Das Interesse konzentrierte sich auch heute auf Montanwerte und ausländische Rentenpapiere, in erster Reihe auf ungarische Goldrenten.

Am Markt der „unnotierten Werte“ wurden folgende Kurse genannt: Pomona 24 000 bis 25 000, Dt. Kolonialanteile 11 000, Südsee-Phosphat 2425, Salitrera Shares 115 000, Sloman 575—600, Kaoko 310, Mansfelder 700, Ronnenberg 2900, Heldburg 1850, Krügershall 900, Oswald 270, National 130, Benz 670, Stöwer 420, Hansa Lloyd 300, Halbach 435, Buzieg 280, Karstadt 270—280, Textil Meyer 280, Berlin-Burger 390, Fraureuth 1800, Chem. Zeitz 1275, Becker Stahl 780, Becker Kohle 510—535, Jul. Sichel 560, Kabel Rheydt 665, Lichtenberger Wolle 870, Meurer 290, Gummi Elbe 850, R. Wolf 905, Köln-Lindenthal 290, Kellner 360, Duxer Porzellan 4100, Dt. Petroleum 2500, Dt. Erdöl 2700.

Im Verlaufe fanden im Einklang mit der Abschwächung am Devisenmarkt einige Realisationen statt, die eine leichte Senkung des Kursniveaus zur Folge hatten.

Der Kassamarkt verkehrte in vorwiegend fester Haltung.

Höher: Stassfurt chem. Fabr. 300, Magdeb. Mühlen 40, Gebr. Krüger 45, Concordia chem. Fabrik 130, Lüneburger Wachsbleiche 105, Dommitzscher Ton 50, Neuroder Kunst-Anst. 99, Tuchfabr. Aachen 40, Dtsche. Spiegelglas 60, Königszelt Porz. 350, Glauzig Zucker 50, Gundlach 50, Bayer. Celluloid 45, Kammerichwerke 48, Dtsche. Babcock 250, Hotelbetriebs-Ges. 24, Adler Cement 13, Concordia Spinnerei 29.

Niedriger: Kapler Masch. 30, Warsteiner Gruben 55, Wilke 150, Egestorff. Masch. 300, Bremer Wolle 50, Pressspanfabr. 125.

Gegen ¾2 Uhr wurden folgende Kurse genannt: Phönix 2400, Gelsenkirchen 2230, Dt. Luxemburg 2000, Oberbedarf 1100, Caro 1000, Rheinstahl 2300, Hohenlohe 1700, Harpener 5050, Rombacher 1175, Laurahütte 2750, Bochumer Guss 2150, A. E. G. 790, Dt. Petroleum 2475, Dt. Erdöl 2750.

Kosciusko-Noten wurden mit 13,05, Auszahlung Warschau wurde mit 13,30 genannt.

Aus dem Auslande wurden gegen ½12 Uhr folgende Kurse gemeldet: Amsterdam 0,24, Zürich 0,48½—0,50, Kopenhagen 0,43—0,43½, Stockholm 0,34—0,35, London 47,30.

Bezugsrechte: Berl.-Neuroder Kunst 102, Wegelin & Hübner 165.

Fortlaufend notierte Werte. (Ohne Gewähr.)

Einheitskurse (Ohne Gewähr)

[illegible]

Die Rechtsprechung r gemischten Schiedsgerichte des Friedensvertrages.

Von [Nachdruck verboten.]

Dr. Bruno Weil.

Rechtsanwalt und Notar in Berlin.

ie deutsche Oeffentlichkeit hat zum ersten Male bei Gelegen- des Streits um das Ausgleichsverfahren und der Poincaré- Retorsionen einen Begriff von der Bedeutung dieses Teils Friedensvertrages und damit zusammenhängend von der se der Werte, um die die gemischten Schieds- ichtshöfe Recht sprechen, bekommen. Die Sprüche r Gerichte haben schon jetzt eine Belastung für Deutsch- ergeben, die einer sehr erheblichen Kriegsentschädigung nkommt, und fortgesetzt ergehen neue, für Deutschland fast r ungünstige Entscheidungen. Der erste Jahrgang Urteile der verschiedenen gemischten Gerichtshöfe eil des décisions des Tribunaux Arbitraux Mixtes) liegt jetzt Der dadurch ermöglichte Ueberblick über Tendenz und Art r Rechtsprechung zeigt zunächst, dass die grossen Erwar- n, die an diese anscheinend mit guten Garatien für unpar- he Handhabung ausgestattete Einrichtung, geknüpft wurden, erfüllt worden sind. Keinerlei Versuch, mit Hilfe und auf Wege über die Rechtsprechung einer Versöhnung der ker den Weg vorzubereiten, liegt vor. Für den erhofften au des internationalen Privatrechts haben die hte sehr wenig getan. Den Gedanken überstaatlicher Recht- hung und internationaler Gerichtsbarkeit haben sie im ersten gang ihrer Tätigkeit alles andere eher als gefördert.

ne überragende Stellung nimmt der deutsch-französische htshof ein. Er trat zuerst in Tätigkeit. Er allein ist in mehrere r 4) Sektionen geteilt, die zur Bewältigung der jetzt schon ein- fenen Sachen allein viele Jahre benötigen werden. Gegen seine sprechung sind von deutscher Seite am meisten und am heftigsten endungen erhoben worden. Die französischen Juristen, ins- dere die des Pariser und Strassburger Ausgleichamts (Office des et intérêts privés) haben sich mit ungeheuerem Eifer auf die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrags gestürzt und liesem Teil ein besonderes System deutscher Haftung zu kon- ren versucht. Sie haben den Begriff der „ausserordentlichen smassnahmen", für die Deutschland den Angehörigen der alliierten nen Schadenersatz zu leisten hat, nach jeder Richtung zu er- rn gesucht. In den Kreis der ausgleichspflichtigen Forderungen, folge des Umwegs über die Ausgleichsämter in der hochwertigen nden Währung zu zahlen sind, auch wo ursprünglich Mark uldet waren, haben sie fortgesetzt neue Gebiete hineinzuziehen cht, um so Deutschland zu immer neuen Ausgleichszahlungen zu en.

r die Elsass-Lothringer haben sie es unternommen, eine dere, „rituelle" Staatsangehörigkeit zu konstruieren, die in der n Zeit von 1871 bis 1918 von ihnen bewohnt worden sei und sie dert habe, Deutsche zu werden. Mit diesem staatsrechtlichen stück sollten den Elsass-Lothringern alle Vorteile, die der Frie- vertrag auf privatrechtlichem Gebiete den Alliierten gibt, zu- ndet und so indirekt eine Spezialkriegsentschädigung Elsass-Lothringen gesichert werden. Auf alle diese Ideen ist der ch-französische Gerichtshof eingegangen. Ja er hat sogar in der der Vorkriegsverträge, bei denen die deutschen Privat- en vom gemischten Gericht eine angemessene Entschädi- g verlangen können, wenn der Vertrag durch Erklärung einer rung aufrecht erhalten ist, erklärt, diese Entschädigung dürfe nicht r Bewilligung der jetzt geltenden Preise gehen, obwohl das fran- he Amt sich selbst in einem Zirkular an die französischen Ver- parteien auf den Standpunkt der Entschädigung bis zum nor- en Preis gestellt hatte.

hlurteile haben allerdings auch andere Gerichte gefällt. So um Beispiel gerade auf dem Gebiete des Ausgleichswesens deutsch-englische Schiedsgericht in die Irre ge- en, indem es die von einer englischen Gesellschaft gegen in Deutschland als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ündete Tochtergesellschaft, deren sämtliche Anteile im Be- der Muttergesellschaft geblieben waren, gerichteten Forde- en für ausgleichspflichtig und damit vom Reich in englischen den zahlbar erklärt hat. Aber diese Entscheidung ist immer- nur eine einzelne Erscheinung in der sonst sachlichen und ternen Art der Rechtsprechung dieses Gerichts, während deutsch-französischen Gerichtshof solche Dinge in so er Häufung auftreten, dass sie, mag das einzelne Urteil auch tierbar sein, in der Gesamteit peinlich wirken. Dabei hat e Energie der französischen Juristen zuwege gebracht, dass iner grossen Reihe präjudizieller Fragen zuerst Entschei- en des deutsch-französischen Gerichts vorlegen, die auf die tsprechung der andern Gerichte einwirken mussten. Es us mancherlei Gründen für die Vorsitzenden der anderen chte nicht leicht, sich von diesen einmal erlassenen Ent- dungen zu emenzipieren. Es gehört das grosse Pflicht- sstsein eines Mannes wie des Schweizer Professors iand dazu, um in einer wichtigen Frage mit dem ihm stellten deutsch-belgischen Gericht von einem Urteil deutsch-französischen abzuweichen, wie er es jüngst gleich- in einer Ausgleichsfrage getan hat, in der durch eine un- iche Auslegung des Artikel 296 Ziffer 2 ein Senat unter Vor- les Schweden Sjoeborg alle während des Krieges und Elsass-Lothringen alle während des Waffenstillstandes gewordenen Geldverpflichtungen neben den Vorkriegs- rungen für ausgleichspflichtig erklärt hatte.

eberhaupt ist zu sagen, dass auf die Rechtsprechung der ver- denen Schiedsgerichte bisher die politischen Beziehungen der be- nden Länder wenig eingewirkt haben. Gerade der deutsch- gische Gerichtshof ist hierfür der beste Beleg. (Entscheidungen er als der drei genannten Gerichte liegen bisher nur ganz ver- lt vor.) Entscheidend für Geist und Tendenz der einzelnen Höfe or allem die Person des jeweiligen Vorsitzenden, die nach Friedensvertrag neutralen Mächten entnommen, nicht alle glücklich hre hohe einzigartige Stellung gewählt sind. Während sie alle kreich und französisches Wesen ausgezeichnet kennen, zum Teil jahrelangen Aufenthalt in Paris und Frankreich zu „Wahlfran- " geworden sind, alle mehr oder minder vollkommen französisch hen, sind einige von ihnen niemals in Deutschland ge- en, sprechen kein Wort deutsch und haben mit dem deutschen r- und Rechtskreis keinerlei Berührung.

n abträglichsten einer objektiven Rechtsprechung scheint aber die Wahl von Paris als dem Sitz aller Gerichte mit Aus- e des englischen, japanischen und siamesischen zu sein. Ganz ab- en von den Valutaschwierigkeiten und der Entfernung der deutschen ien, die beim Sitz in neutralen Ländern ebenfalls vorhanden wären, die gesamte Umgebung, die Pariser Luft, deren Niederschlag in nanchen Einzelheiten, Kleinigkeiten und aber auch wichtigeren en unverkennbar ist. Der unter Leitung des Berliner Justizrats nus stehende, sehr rührige Ausschuss des deutschen Anwalts- ns für Auslandsrecht, der fortgesetzt einen grossen Teil seiner t den gemischten Schiedsgerichten widmet, hat darum eine Eingabe ie neutralen Vorsitzenden beschlossen, in der darauf hingewiesen en soll, dass der gegenwärtige Zustand für viele deutsche Parteien völligen Rechtsverweigerung gleichkomme, und in der n ersucht wird, die Sitzungen auch in grösserer Zahl — bisher as nur ganz vereinzelt geschehen — in Deutschland statt- n zu lassen.

ie Struktur der gemischten Gerichte ist so, dass, ähnlich wie ranzösischen Zivilprozess, immer wenn öffentliches Interesse rage steht, der Staatsanwalt auftritt, Staatsvertreter ellt sind, welche die Interessen ihrer Staaten wahrzunehmen n, aber auch, wo Private Partei sind, Anträge stellen nen. Ein grosser Teil der Instruktion der Prozesse liegt in n Händen. Hierfür die geeigneten Personen zu finden, hat als eines der schwierigsten Probleme der deutschen Inter- nwahrung ergeben. Es wäre das natürlichste von der Welt esen, dass das Reich sich neben seiner offiziellen Staatsver- ung der Mithilfe deutscher, der fremden Sprache und des den Gerichtsgebrauchs kundiger, Anwälte bedient hätte, die durch ihren Beruf zum Verhandeln auch vor diesen Gerichten eher erzogen waren; die vom Reich gewählten Staatsvertreter durchweg einer ehrenvollen Beamtenlaufbahn entstammend, konnten der auf höchster Höhe stehenden Kunst der Rhetorik der französischen Anwälte, welche ihre Gegner waren, nicht gewachsen sein. Kosten und andere Gründe haben von diesem Wege lange abgehalten, bis die teuer bezahlte Erfahrung zur Einkehr zwang.

Die deutsche Anwaltschaft hat mit Rücksicht auf die ungeheuren materiellen und ideellen Werte, die mit dieser Schiedsgerichtsbarkeit verbunden sind, frühzeitig die Aufmerksamkeit der deutschen Anwälte auf diese Dinge hingelenkt und einen immer grösseren Kreis von Juristen dafür zu interessieren gewusst. Die wissenschaftlichen Kreise haben im vergangenen Jahre unter der geistvollen Führung der Berliner Universitätsprofessoren Partsch und Nussbaum angefangen, geistiges Rüstzeug für die vielen noch ungelösten Streitfragen und scharfsinnigen Kritik der gefällten Urteile zu liefern. Es ist anzunehmen, dass eine Besserung in den politischen Beziehungen der beteiligten Staaten und eine Entspannung der gerade in Paris noch immer unter Hochdruck gehaltenen öffentlichen Meinung in sich Gewähr für eine ruhigere und sachgemässere Fortentwickelung dieser Rechtsprechung bieten würde.

Weitere Ausgabe von AEG-Stammaktien aus der letzten Kapitalerhöhung. Nachdem am 15. August d. J. die Frist für den den Stammaktionären eingeräumten Bezug von jungen Aktien abgelaufen ist, soll von den aus der Kapitalserhöhung vom 20. Dezember 1921 zur Verfügung der Gesellschaft verbliebenen Stammaktien auch den Vorzugsaktionären A und B ein Bezugsrecht auf neue Stammaktien mit Dividende ab 1. Juli 1922 in der Weise zum Kurse von 305 pCt. eingeräumt werden, dass auf 25 000 M. Vorzugsaktien A zwei neue Stammaktien und auf 25 000 M. Vorzugsaktien B vier neue Stammaktien entfallen. Hierdurch wird nach Angaben der Verwaltung einem Wunsche von Besitzern von Vorzugsaktien, der in letzter Zeit häufig ausgesprochen wurde, Rechnung getragen. — In der Generalversammlung vom 20. Dezember 1921 war die Verwaltung ermächtigt worden, bis zum 31. Dezember 1922 bis zu 250 Mill. M. Stammaktien auszugeben und Zeitpunkt sowie Betrag der Ausgabe, Begebungsbedingungen usw. jedesmal festzusetzen. Zunächst war eine Summe von 175 Mill. Mark den Stammaktionären zum Kurse von 255 pCt. zum Bezuge angeboten worden, und zwar derart, dass auf eine alte Aktie zwei neue entfielen. Jetzt erhalten auch die Vorzugsaktionäre A und B ein Bezugsrecht auf neue Stammaktien, von denen noch 75 Mill. M. zur Verfügung stehen.

Die Interessenverbindung Sachsenwerk — Phönix. Der „Frkf. Ztg." wird zur Verbindung der Sachsenwerk Akt.-Ges. mit dem Phönix berichtet, dass sich dieser Verbindung weitere, jedoch nicht übertrieben hoch zu bewertende Kombinationen anschliessen werden. Insbesondere ist auch eine Uebernahme von Aktien der Elektrotechnischen Fabrik Schorch in Rheydt beabsichtigt. Diese Gesellschaft steht seit den letzten beiden Kapitalerhöhungen von zusammen 9 Mill. M. unter Kontrolle der Gruppe Otto Wolff — Haniel — Dessauer Gasgesellschaft, d. h. es werden von grossen Montangesellschaften der Phönix und die Rheinstahl Akt.-Ges., von Beleuchtungsgesellschaften die Dessauer Gas-Akt.-Ges. die Mehrheit des jetzt 19,50 Mill. M. betragenden Kapitals von Rheydt in Händen haben. Möglicherweise geben diese Grossaktionäre einen Posten der Schoch-Aktien an Sachsenwerk, so dass sich die Grundlage einer Zusammenarbeit sich in der Fabrikation ergänzenden Elektrotechnischen Werke Schoul und Sachsenwerk ergibt. In Verfolg des zwischen der Phönix-Gruppe und Sachsenwerk bevorstehenden Tauschgeschäftes bekommt das Sachsenwerk die Mehrheit von Schoul und umgekehrt wird die Phönixgruppe einen Betrag von annähernd 25 Mill. M. Sachsenwerk-Aktien, also eine Minderheit haben. Dabei sind unter anderem 5 Mil. M. Phönix-Aktien, die den alten Aktien gleichberechtigt sind, zu tauschen gegen 10 Mill. M. Sachsenwerk-Aktien, also im Verhältnis 1:2. Die Gründe für diese Verbindung liegen in der verschiedenen Frachtenlage der beiden elektrotechnischen Firmen und in den aten Lieferungsbeziehungen zur Phönixgruppe.

Elektrowerke Akt.-Ges. in Berlin. Die Gesellschaft kaufte zur Sicherung der Kohlenversorgung ihres Grosskraftwerkes Zschornewitz die Braunkohlengrube Barbara bei Gräfenhainichen von der gleichnamigen G. m. b. H.

Akt.-Ges. Brown, Boveri & Cie. in Baden (Schweiz). Die Gesellschaft schliesst das Geschäftsjahr 1921/22 mit einem Gewinn auf Fabrikationskonto von 8 697 665 Fr. (i. V. 9 058 416 Fr.) ab. Auf Effekten- und Beteiligungskonto wurden 1 447 893 Fr. (1 447 350 Fr.) eingenommen. Für Abschreibungen wurden 5 474 471 Fr. (5 399 949 Fr.) aufgewendet. Es verbleibt nach Abzug der Unkosten usw. ein Ueberschuss von 1 082 665 Fr. (666 863 Fr.). Davon werden für Gratifikationen an das Personal wieder 250 000 Fr. und als Entschädigung für den Verwaltungsrat 50 000 Fr. (—) beansprucht. 782 665 Fr. (416 863 Fr.) sollen auf neue Rechnung vorgetragen werden. Eine Dividende gelangt wieder nicht zur Ausschüttung.

Im Geschäftsbericht schreibt die Verwaltung: Die Gründe, die die Ausschüttung einer Dividende unmöglich machen, sind in diesem Jahre noch schwerwiegender als im vergangenen. Wohl sind die ausgewiesenen und stillen Reserven noch unberührt, aber das laufende Jahr wird zweifellos direkte Verluste bringen, für die das Unternehmen entsprechend gerüstet bleiben muss. Der Eingang an neuen Aufträgen ist äusserst spärlich geworden, und die Preise, die erzielt werden können, sind ganz unzureichend. Abgesehen davon, dass bei der verringerten Produktion die Selbstkosten naturgemäss bedeutend steigen. Wie stark die Beschäftigung zurückging, beweist der Umstand, dass die Arbeiterzahl in dem Badener Werk innerhalb Jahresfrist von 3258 auf 2518 und in Münchenstein von 988 auf 565 gesunken ist. Aber auch diese verringerte Belegschaft arbeitet nur mit 88 pCt. im Durchschnitt. Der Tiefstand dürfte damit aber noch nicht erreicht sein. Von irgendeinem Umschwunge der Konjunktur zum Besseren ist bisher nichts zu bemerken; aber auch die Aenderungen in den internen Wirtschaftsverhältnissen der Schweiz, die zur Wiederherstellung unserer Lage gegenüber dem Weltmarkte und den uns umgebenden Ländern unerlässlich sind, vollziehen sich infolge der sich entgegenstellenden Widerstände nur ausserordentlich langsam.

In der Bilanz stehen die Fabrikanlagen Baden und Münchenstein mit 45 410 769 Fr. (69 730 898 Fr.) zu Buche. Effekten und Beteiligungen werden mit 34 805 820 Fr. (30 944 990 Fr.), Bankguthaben mit 9 564 144 Fr. (4 779 842 Fr.), Debitoren der Tochtergesellschaften mit 32 078 895 Fr. (22 452 263 Fr.) und diverse Debitoren und Anzahlungen mit 8 976 633 Fr. (9 594 456 Fr.) ausgewiesen. Auf der Passivseite erscheinen Kreditoren der Tochtergesellschaften mit 1 711 484 Fr. (2 867 197 Fr.) und diverse Kreditoren und Anzahlungen mit 22 875 910 Fr. (29 697 286 Fr.).

Zur Verkehrslage im Ruhrgebiet. Der Eisenbahnbetrieb wickelte sich im Ruhrgebiet auch in der vergangenen Woche glatt ab. Die zur Versendung von Brennstoffen angeforderten Wagen wurden sämtlich gestellt. Für Kohlen, Koks und Briketts sind in der vergangenen Woche im arbeitstäglichen Durchschnitt einschliesslich der nachträglich bestellten Wagen 20 925 (gerechnet zu je 10 To.) angefordert und auch gestellt worden (Höchstgestellung am 12. August 21 266). Im gleichen Zeitraum des Vorjahres betrug die Durchschnittsgestellung 19 080 Wagen. Der Wasserstand des Rheins ist nach wie vor günstig (Cauber Pegel etwa 3 m). Die Kipperleistung in den Duisburg-Ruhrorter Häfen betrug 16 909 (16 708) To., der Umschlag in den Zechenhäfen der Kanäle 26 160 (23 948) To. werktäglich.

Neue Preiserhöhungen. Die „Eltfabriken" (Vereinigung von Fabriken für Elektro-Installationsgegenstände) haben mit sofortiger Wirkung eine weitere Erhöhung des Teuerungszuschlages von 30 pCt. auf 50 pCt. vorgenommen. — Nachdem erst Ende Juli seitens der Vereinigung Deutscher Linoleumfabriken der Teurungszuschlag auf die Linoleumgrundpreise von 175 pCt. auf 275 pCt. erhöht worden war, ist, wie der „Konfektionär" erfährt, mit Wirkung ab 14. August 1922 eine weitere Erhöhung auf 400 pCt. erfolgt.

Diskontermässigung in Norwegen. Die Bank von Norwegen setzte ihren Diskontsatz von 5½ auf 5 pCt. herab.

Kurssteigerungen auf der ganzen Linie.

Dollar ca. 1070. — Lebhafteres Effektengeschäft.

Im heutigen freien Vormittagsverkehr konnten die Devisenkurse eine weitere Steigerung erfahren, so wurden Dollarnoten mit bis 1075—1090 bewertet. Schweiz wurde mit 20 500 und England mit 4800 genannt. Das Geschäft war, wie überhaupt an den letzten Tagen, nicht übermässig gross, da bei diesen sehr hohen Kursen nur die notwendigsten Käufe vorgenommen werden. An der Börse gaben dann diese höchsten Kurse etwas nach, so Dollarnoten auf 1070.

Am Effektenmarkt sind weitere Kurssteigerungen auf der ganzen Linie zu verzeichnen. Das Publikum, das schon gestern in grossem Umfange Kaufaufträge an den Markt gelegt hatte, war auch heute wieder mit neuen Kauforders erschienen, so dass das Geschäft, das kürzlich etwas abgeflaut war, wieder bedeutend lebhafter einsetzte. Besonders waren es wieder Montanwerte, auf die sich das Interesse konzentrierte. Hier waren die Kursgewinne am zahlreichsten. So waren Hohenlohe-Aktien stark haussierend, da wieder grosse ausländische Käufe beobachtet wurden. Auch bei der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks-Gesellschaft will man von ausländischer Interessennahme wissen. Von den übrigen Papieren sind insbesondere die Ungarische Goldrente stark gesucht; sie streifte den Kurs von 2000 pCt. Ferner sind Schiffahrtsaktien, so besonders Nordd. Lloyd, gesucht, auf die allerdings noch unbestätigten Meldungen von einem demnächst bevorstehenden Vertragsabschluss mit einem amerikanischen Schiffahrtskonzern. Am Markt der fortlaufend notierten Papiere waren anfangs folgende Kursveränderungen zu verzeichnen:

Bochumer (+ 100), Deutsch-Luxemburger (+ 125), Essener Steinkohle (+ 180), Harpener (— 100), Hohenlohe (+ 150), Jlse (+ 75), Laura (+ 150), Caro Hegenscheidt (+ 25), Rhein. Braunkohlen (+ 140), Riebeck Montan (+ 35), Rombacher (+ 60), Deutsche Kali (+ 50), Oberschles. Kokswerke (+ 50), Rhein. Sprengstoff (— 40), Akkumulatoren (+ 58), Ges. für elektr. Unternehmungen (+ 55), Sachsenwerk (+ 55), Böhler (+ 175), Deutsche Waffen (+ 110), Orenstein & Koppel (+ 46), Stett. Vulkan (+ 60), Norddeutsche Wolle (+ 95), Sarotti (— 75), Otavi (+ 87½), 4proz. Türk. Bagdad I (+ 230), 4proz. Türk. Bagdad II (+ 70), 4proz. Türk. Zoll-Obl. (+ 90), Türkenlose (+ 625), 5proz. Tehuantepec (+ 200), Baltimore (+ 700), Canada (+ 125).

Im Verlaufe der Börse konnte eine Reihe von Papieren weitere Kurssteigerungen erzielen. So konnten auch Harpener Aktien um 250 pCt. anziehen. Oesterreichische Kreditaktien waren um 23 pCt. gebessert. Es gab aber auch vielfach Gewinnrealisationen, besonders bei den vorher stark gestiegenen Werten, die auf das Kursniveau drückten. — Am Devisenmarkt gaben die Kurse wieder nach, Dollarnoten wurden mit ca. 1035 genannt. — Der Kassamarkt zeigte eine überwiegend feste Haltung. Es gab hier eine eRihe grösserer Kurssteigerungen, wie bei Königszell (+ 350 pCt.). Stassfurter chemische Fabriken (+ 300), Deutsche Babcock (+ 250). Die Aktien der Kölner Gas- und Elektrizitätsgesellschaft waren auch nachbörslich höher (+ 50), da das der Gesellschaft gehörende Kölner Vulkan-Werk einen sehr günstigen Abschluss herausbringen soll. Als niedriger ist besonders zu erwähnen Egestorff Maschinen (— 300). Das Geschäft am Kassamarkt war wieder ziemlich lebhaft.

Der amtliche Kurs für **telegraphische Auszahlung New-York** stellte sich auf **1038,70 G., 1041,30 B.**

Berliner Produktenverkehr. Die erneute Festigkeit der Devisen brachte die steigende Preisbewegung am Produktenmarkt wieder scharf in Gang. Dass aber die Hausse in den Valutaverhältnissen nicht allein begründet ist, ging daraus hervor, dass die Getreidepreise den Dollarkursen heute voraneilten, was in der Regel bekanntlich bisher nicht der Fall war. Beim Roggen treiben die hohen Preise, die fortdauernd vom Nordwesten und Westen bezahlt werden, auch die hiesige Bewegung an. Die Nachfrage überwiegt merklich das Angebot. In Weizen ist das Geschäft noch unentwickelt; von alter und von neuer Ware kommt nur vereinzelt Material heraus, das hohe Preise erzielt. Sommergerste wurde in einigermassen befriedigender Ware stark gesucht und wesentlich höher als gestern bezahlt. Hafer bleibt sehr stramm. Der Konsum brauch tVersorgung, und die Händler können auch nur für den notwendigsten Bedarf Ware anschaffen. Mais erneut steigend. Ebenso Mehl, das wesentlich höher gehalten wurde. Oelsaaten, Hülsenfrüchte und Futterstoffe knapp angeboten und steigend.

Die amtlich notierten Preise waren an der Berliner Börse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer neuer 2150—2200. Fest. Roggen, märkischer 1650—1700—1720. Fest. Sommergerste, alte 2000—2100, neue 1900 bis 2000; Wintergerste 1750—1800. Fest. Hafer, märkischer neuer 1900 bis 1925, alter 2000—2050. Fest. Mais ohne Provenienzangabe loko Berlin 1880. Fest. Weizenmehl pro 100 kg 5300—5600, feinste Marken über Notiz bezahlt. Fest. Roggenmehl pro 100 kg 4000—4200. Fest. Weizenkleie 1250. Steigend. Roggenkleie 1250—1300. Steigend. Raps 3100—3200. Fest. Erbsen, Viktoria 3100—3200, kleine Speiseerbsen 2700—2800, Futtererbsen 2100—2300. Lupinen, blaue 950—1025, gelbe 1200—1400. Rapskuchen 1300—1350. Leinkuchen 1900—1950. Trockschnitzel 1100—1200. Vollwert-Zuckerschnitzel 1400—1450. Torfmelasse 30/70 800—820.

Die amtlichen Notierungen am Frühmarkt waren loko frei Wagen oder ex Waggon pro 50 kg: Hafer, neuer 2100—2125 M., alter 2150—2200 M., Mixedmais 2000 M., Roggenkleie 1250 M.

Rauhfutter. (Nichtamtlich.) Grosshandelspreise per 50 kg ab Station: drahtgepr. Roggen- u. Weizenstroh 300—340 M., desgl. Haferstroh 300—340 M., bindfadengepr. Roggen- u. Weizenstroh 280—315 M., gebündeltes Roggenlangstroh 300—340 M., loses u. gebünd. Krummstroh 255—280 M., Häcksel 380—410 M., handelsübl. Heu 520—550 M., gutes Heu 560—630 M.

Vom Speisefettmarkt. (Originalbericht von Gebr. Gause.) Butter. Die Lage auf dem Buttermarkt wächst sich immer mehr zur Katastrophe aus. Ware ist kaum mehr anzuschaffen, die Produzenten liefern nur ganz geringe Mengen. Die Nachfrage ist dagegen stürmisch und kann nicht befriedigt werden. Die Preise wurden um 25 M. erhöht. Die heutige amtliche Notierung ist: Einstandspreis pro Pfd. inkl. Fass frei Berlin Ia Qualität 170 M., IIa Qualität 140—150 M. Margarine. Die Ware ist sehr knapp, und fangen die Fabriken schon an, die Ware zu rationieren. Man rechnet allgemein mit weiteren Preiserhöhungen. — Schmalz. Die Konsumnachfrage war bei Beginn der Woche recht lebhaft, liess dann aber nach, als die Bewegung auf dem Devisenmarkt eine scharfe Steigerung der Schmalzpreise hervorrief. Die amerikanischen Notierungen blieben ziemlich unverändert. Die Notierungen sind heute nominell: Choice Western Steam 160 M., Pure Lard in Tierces 173 M., do. kleinere Packungen 174 M., Berliner Bratenschmalz 168 M. Speck. Lebhafte Nachfrage. Die Preise gingen infolge der Devisensteigerung lebhaft in die Höhe. Gesalzener amerikanischer Rückenspeck notiert 135—150 M. je nach Stärke.

Magdeburg, 17. August, mittags 12 Uhr. Auslandszucker (mitgeteilt vom deutschen Zuckerexportverein zu Magdeburg und vom Verein deutscher Zuckergrosshändler zu Magdeburg). Der Markt zeigt gegen gestern keine nennenswerten Veränderungen. Weisse Java wurde gestern zu 23 das cwt. gehandelt. In deutscher Währung wurden ferner für kleinere zweithändige Mengen 4750—4800 M. für den Zentner bezahlt.

Metallpreise in Berlin (für 1 kg in M.)	17. August	16. August
Feststellung der Vereinigung für die deutsche Elektrolytkupfernotiz:		
Elektrolytkupfer wire bars (für 100 kg in M.)	3?811	33115
Notierungen der Berliner Metallbörse:		
Raffinadekupfer 99—99,3 pCt. August	292—298	277—280
Originalhüttenweichblei	118—122	110—112
Originalhüttenrohzink, Preis im freien Verkehr	139—142	132—135
Originalhüttenrohzink (Preis d. Zinkhüttenverb.)	141.14	143 28
Remelted-Plattenzink v. handelsübl. Beschaffenh.	109—112	105—108
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt., in Blöcken, Walz- oder Drahtbarren	415	405
desgl. in Walz. oder Drahtbarren, 99 pCt.	417½	407½
Banka-, Straits-, Austratzinn in Verkäuferswahl	750—760	715—720
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	740—750	705—710
Reinnickel, 98—99 pCt.	640—650	620—630
Antimon-Regulus	105—110	100—102
Silber in Barren, ca. 900 fein	20800—21000	19600—19800

London, 16. August. Kupfer per Kasse 64¼ (Vortag: 63⅞), per drei Monate 64⅜ (64), Elektrolytic 70¾—71¼ (70—71), Best selected 66¼ bis 68½ (66½—68½), Strongsheets 94 (94), Zinn per Kasse 160⅝ (158⅞), per drei Monate 160¾ (159¼), Blei nahe Sichten 24½ (24⅜), entfernte Sichten 23¾ (23¾), Zink nahe Sichten 31½ (31), entfernte Sichten 30½ (30¼), Aluminium für Inland 105 (105), für Ausland 110 (110), Antimon Regulus 34/1 (34/1), Weissblech loko 19/4 (19/4), Quecksilber 11½ (11½), Nickel für Inland 150 (150), für Ausfuhr 150 (150), Wolfram-Erz 13 (13), Platin (Qualität Spong) 395 (395), Silber 35 (35), auf Lieferung 35 (34⅞), Gold 92/3 (92/4).

Alexandria, 16. August. Baumwolle November 32,95, Januar 33,85, August 24, Oktober 24,95.

Bekanntmachung.

Die Anteilinhaber unserer Gesellschaft werden zur ordentlichen Generalversammlung am Sonnabend, den 9. September 1922, 11 Uhr vormittags, im Sitzungssaale der Disconto-Gesellschaft in Berlin, Behrenstrasse 42 II, hiermit eingeladen.

Tagesordnung:

1. Vorlegung des Geschäftsberichts sowie der Bilanz nebst Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. April 1921 bis zum 31. März 1922.
2. Beschlussfassung über die Genehmigung der Bilanz und über die Verwendung des Reingewinns.
3. Beschlussfassung über die Entlastung der Verwaltung.
4. Satzungsänderungen:
   a) Art. 16 Abs. 3 Ausschüttung einer Tantième an den Verwaltungsrat nach Verteilung von 4 % Dividende,
   b) Zusatz zu Art. 25 Uebernahme der Sondersteuer auf die Tantième des Verwaltungsrats auf die Gesellschaft.
   Rückwirkung der neuen Bestimmungen für das Geschäftsjahr 1921/22.
5. Neuwahlen zum Verwaltungsrat.

Anteilinhaber, die an der Generalversammlung teilnehmen wollen, müssen ihre Anteile oder die darüber lautenden Depotscheine der Bank des Berliner Kassen-Vereins spätestens bis zum 4. September 1922 bei einer der nachstehenden Stellen hinterlegt haben:

in **Berlin:**
bei der **Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft,** Unter den Linden 48/9,
bei der **Direktion der Disconto-Gesellschaft,**
bei der **Deutschen Bank,**
bei dem **Bankhaus S. Bleichröder,**
in **Hamburg:**
bei der **Norddeutschen Bank in Hamburg,**
bei der **Deutschen Bank, Filiale Hamburg,**
in **Frankfurt a. M.:**
bei der **Direktion der Disconto-Gesellschaft,**
bei der **Deutschen Bank, Filiale Frankfurt a. M.,**
in **London:**
bei der **Otavi Mines and Railway Company,** Wall Buildings 1.

Berlin, den 17. August 1922.

Otavi Minen- und Eisenbahn-Gesellschaft.
Die Direktion.
Duft Kloke Tolzmann.

Die in der Generalversammlung am 15. August 1922 mit 5 % auf die Vorzugsaktien und mit 20 % auf die Stammaktien festgesetzte Dividende gelangt bei

1. den Herren **Koppel & Co., Bankgeschäft,** hier, Pariser Platz 6,
2. den Herren **Braun & Co.,** hier, Eichhornstr. 5,
3. Herrn **Abraham Schlesinger,** hier, Mittelstr. 2—4,
4. der **Deutschen Bank,** hier, Mauerstrasse,

sofort zur Auszahlung.

Wegen Rückzahlung der zur Einziehung kommenden Vorzugsaktien erfolgt nach stattgefundener Auslosung besondere Bekanntmachung.

Hotelbetriebs-Aktiengesellschaft Conrad Uhl's Hotel Bristol-Centralhotel, Berlin.

Für Export

offerieren vom hiesigen Lager:

Strümpfe
Socken
Handschuhe
Schals
Strickbinder
Trikotagen
Schlüpfer
Hemdhosen
Jumper
etc. etc.

Grosse Quantitäten.

Gebr. H. & A. Schneider
Leipziger Strasse 39, II. Etage.

Von der in unserem Kommissionsverlage erschienenen Monatsschrift

Sparsame Bauweise

Jahrgänge 1920 und 1921

sind noch eine kleine Anzahl Exemplare zum Preise von je Mk. 25.— (einschl. Porto) pro Jahrgang zu haben. Ebenso sind von dem 1. Jahrgange (1919) noch verschiedene einzelne Hefte zu je Mk. 3.— hier vorrätig. Für die Baufachkreise, wie Gemeinden und Verwaltungen, Siedlungsgesellschaften, Siedler usw. von hohem Interesse. Es empfiehlt sich baldige Bestellung unter Ueberweisung des Betrages auf **Postscheckkonto 324.**

Rudolf Mosse, Abteilung Zeitschriften, Berlin SW 19, Jerusalemer Straße 46/49.

Drahtseilförderbahn,

„System Bleichert", Förderlänge ca. 400 Meter, Förderhöhe teilweise 7 Meter, ca. 35 Förderhunden à ¼ cbm, Träger aus Holz, gut erhalten, tadellos funktionierend, komplett mit allem Zubehör, umständehalber **billig zu verkaufen.** Interessenten können bei umgehender Entschließung die Bahn noch im Betrieb sehen. Eilanfragen sind zu richten an die **Tonwarenfabrik Neufahrn, Neufahrn-Niederbayern.**

Obstverkauf
eröffnet.
Rittergut Osdorf
bei Lichterfelde-Ost.

Ca. 80 to neue, ungebrauchte
Stahlfräser,
Spiralfräser mit Spanbrechernuten aus Werkzeugstahl mit zylindr. Schaft, in den Dimensionen von 20—80 mm, Material Krupp-Stahl und Becker-Stahl preiswert abzugeben. Lagerlisten stehen zur Verfügung. Das Material ist auch besonders für Export geeignet. Lieferwerksbescheinigung vorhanden. Anfragen erbeten unter E. D. 11709 an Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Nach **Bornholm**

Ausflug 19.-21. Aug. mit Rügendampfer „Odin". 19. 8.: 8⁰⁰ ab Berlin nach Stettin. 11⁰⁰ ab Stettin „Odin" bis Sassnitz od. 1²⁵ mit Zug nach Sassnitz. 20. 8.: 5³⁰ morg. ab Sassnitz nach Bornholm, abends zurück. 21. 8.: 6⁰⁰ mit „Odin" ab Sassnitz nach Stettin oder 7¹⁵ mit Zug ab Sassnitz. Näheres durch die Reisebüros und **Sassnitz-Linie, Stettin.**

Lederwaren,
bes. Besuchs- und Damentasch. ꝛc., kauft **Engroshaus (Kurf. 1763).**

KUNZE-SEIFE

Aussergewöhnlich billige Massen-Artikel für das Weihnachtsgeschäft zeigen wir auf der Leipziger Messe. Diese Artikel sind ohne Konkurrenz

---

Sachsenwerk,
Licht- und Kraft-Aktiengesellschaft,
Niedersedlitz.

Die ausserordentliche Generalversammlung unserer Gesellschaft vom 14. August hat beschlossen, das Stammaktienkapital von 75,6 Millionen Mark auf 140 Millionen Mark zu erhöhen durch Ausgabe von 64,4 Millionen Mark den bisherigen Stammaktien gleichstehenden Inhaberaktien über je 1000 Mark Nennbetrag, die ab 1. Juli d. J. an der Dividende teilnehmen sollen und hinsichtlich deren das gesetzliche Bezugsrecht der Aktionäre ausgeschlossen wird.

Von den neuen Aktien werden 37,8 Millionen an ein unter Führung des Bankhauses Gebr. Arnhold in Dresden stehendes Konsortium begeben, gegen dessen Verpflichtung, die Aktien den bisherigen Stammaktionären zum Kurse von 200% dergestalt zum Bezuge anzubieten, dass auf 2 alte Stammaktien eine neue Aktie entfällt.

Vorbehaltlich der Eintragung der Kapitalserhöhung in das Handelsregister fordern wir die (Stamm-) Aktionäre unserer Gesellschaft hierdurch auf, das Bezugsrecht unter nachstehenden Bedingungen auszuüben:

1. Auf je nom. M. 2000 alte Stammaktien kann eine neue Aktie zum Kurse von 200% bezogen werden.
2. Die Anmeldung zur Ausübung des Bezugsrechtes hat zur Vermeidung des Ausschlusses in der Zeit vom **18. August bis mit 5. September d. J. einschliesslich**
   in Dresden bei dem Bankhause Gebr. Arnhold oder
   „ der Bank für Handel u. Industrie oder
   „ Berlin „ dem Bankhause Gebr. Arnhold oder
   „ „ Bankhause Arons & Walter oder
   „ „ Berliner Bank-Institut Joseph Goldschmidt & Co. oder
   „ Leipzig „ „ Bankhause H. C. Plaut oder
   „ „ Bankhause Bayer & Heinze oder
   „ Niedersedlitz bei der Gesellschaftskasse
   während der üblichen Geschäftsstunden zu erfolgen.
3. Bei der Anmeldung sind die Mäntel, **nach der Nummernfolge geordnet,** mit den bei den Bezugsstellen erhältlichen Anmeldeformularen zwecks Abstempelung einzureichen und der Bezugspreis zuzügl. Schlussscheinstempel in bar einzuzahlen. Soweit die Ausübung des Bezugsrechtes im Wege des Schriftwechsels erfolgt, werden seitens der Bezugsstellen die üblichen Spesen in Anrechnung gebracht.
4. Die Bezugsstellen übernehmen auch die Vermittelung des An- und Verkaufes von Bezugsrechten einzelner Aktien.
5. Die Rückgabe der alten Aktien erfolgt sofort, die Ausgabe der neuen Aktien nach Erscheinen.

Dresden, 14. August 1922.

Sachsenwerk, Licht- u. Kraft-Aktiengesellschaft.
Gebr. Arnhold.

Ulster-Mützen
große Quantitäten aus eigenen Beständen hat abzugeben:
Deliba, G. m. b. H., Berlin W. 8, Leipziger Str. 91.
Telef. Zentrum 480 und 526.

Magnesiazement,
44 Sack zu verkaufen, auch für Export
Independencia Imp.- u. Export-Ges. m. b. H., C. 2 Burgstr. 28.

Es sollen durch unsere Vermittlung verkauft werden:
ca. 14 tons Messingabfälle,
ca. 10 tons Zinklegierung,
ca. 5 tons Aluminiumspäne,
ca. 800 kg Bronzeabfälle.
Nähere Bedingungen durch:
Spediteur-Verein Hermann & Theilnehmer, Hamburg.

Sofort lieferbar **normalspurige**
Lokomotiven,
1 St. **feuerlose.** Leergewicht ca. 14 t,
1 St. **Dampf-Lok.,** Leergew. ca. 18,5 t, ca. 180 PS, Fabrikat **Borsig,**
1 St. dito, normale **Type T 9,** Leergewicht ca. 39 t, ca. 700 PS, Fabrik. Henschel; sämtlich eingehend durchrepariert u. betriebsfäh., mit **kupf.** Feuerbuchse.
Schmalspur G. m. b. H., Berlin **SW. 11.**

1500 neue Deichseln 180 M. und Karbidlichtanlagen
sofort verkäuflich.
Maschinenlagerhaus Bln.-Lichtenberg, Möllendorffstr. 20/21. Tel. Lichtbg. 592.

Export-
ware in **Brieftaschen, Aktentaschen** ꝛc. große Posten greifbar.
Pätzold & Ziffer, Lederwarenfabrik, Burgstr. 9. Tel. Ztr. 56703.

Leitspindelbank,
kräftig, gut erhalten, aus eig. Betrieb, m. durchbohr. Spindel 165/1021, Härd. bl. verb. 65 Mille.
Märk. Metallwaren-Gesellsch., Tempelhof, Dorfstr. 13.

Aus dem Lager der

Reichstreuhandgesellschaft, Breslau-Westend,

Posenerstraße 66, gelangt in der nächsten Zeit sämtliches im Bereich des früheren V. und VI. Armeekorps vorhanden gewesene

Nachrichtengerät

bestehend aus den verschiedensten

Artikeln der Telefonie und der drahtlosen Telegrafie

durch die

Reparationskommission Breslau
(Bureau de Liquidation du Matériel de Guerre)

zum Verkauf.

Besichtigung täglich außer Sonnabend von 8 Uhr früh bis 2 Uhr nachmittags. Ausweise zum Betreten des Lagers werden in den Geschäftsräumen der Reichstreuhandgesellschaft, Junkernstraße 38/40 ausgestellt. Angebote sind möglichst bald an die Reichstreuhandgesellschaft, Zweigstelle Breslau, Junkernstraße 38/40, oder an die Reparationskommission (BLMG) Breslau, Hotel Fürstenhof, Gartenstraße, einzureichen.

Ca. 1000 Kilo blankgezogen. S.-M.-Stahl, 20×10,
zu verkaufen.
Anfragen sind zu richten unter **J. S. 12689** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Grossisten! Exporteure!

Wir liefern ab Lager:
20 000 Rasierapparate
40 000 „ »Piccolo«
2 000 Rasierapparateetui
200 000 Rasierklingen
200 000 „ mit Prägung »Germany«
Metallwarenfabrik Gaschelbauer
Berlin SO. 36, **Manteuffelstrasse 69.**
Telefon: Moritzplatz 6142.

Wir haben ab Lager
300 Tonnen Schwarzblech, 100×200×0,5–2,5 mm
20 Tonnen Weißblech, 1,5 mm
20 Tonnen Weißblech, 3 mm
zu verkaufen und bitten um Angebote.
Offerten unter **E. B. 2244** an **Rudolf Mosse, Moritzplatz.**

Grösserer Posten Segeltuch-Tornister
ohne Tragriemen mit Fellrücken sofort gegen Kasse ab Lager Hamburg abzugeben. Musterversand findet nicht statt.
Alexander Röttig, Hamburg 36, Klopstockstr. 30.

Ca. 40 Mtr. reseda gemust. Möbelseide, 1,30 breit, à 1000 M., verkauft **Lange, Potsdamer Straße 26b.**

A. B. C. CODE
5. u. 6. Ausg. lieferb.
Rudolf Mosse.
Abt. Adressbücher u. Codes
Berlin SW. 19.

Ferner
A. B. C. 5. ed. Improved
Liebers 5 letter Code
Western Union Code
Bentleys Phrase Code (auch als Taschencode)
Table Code, Appendix
Marconi-Code (international)
Galland, techn. Code, deutsch.
Bohlmanns Chemik. Code mit Firmen-Reg. u. Bezugsquellennachweis.
Deutsch. Taschen-Code
Bianco Codes
sowie sämtliche gebräuchlichen Codes.

Der grosse deutsche Code
Rudolf Mosse-Code
ermöglicht bei grösster Einfachheit in der Anwendung aussergewöhnliche Gebühren-Ersparnisse. Unentbehrlich für alle, die nach dem Ausland oder im innerdeutsch. Verkehr mit Telegrammen arbeiten. Dieser grosse 5-Buchstaben-Code ist umfassender als die verbreiteten englischen Codes, enthält über 50 000 Phrasen, Listen von Zahlen, Massen, Gewichten usw. Preis 1000.— Mark, nach dem Auslande 40 Goldfr., 8 Dollar, 1 £ 15 sh., 20 fl. holl. usw. (einschliesslich Ausfuhrzuschlag) gegen gleichzeitige Einsendung des Betrages oder Bankanweisung.
RUDOLF MOSSE,
Abteilung Adressbücher und Codes
BERLIN SW 19.
Postsch.-Konto Berlin 265 17
Tel.-Adr. Dramosse.
Jerusalemer Strasse 46—49

4000 Flaschen franz. Sekt,
in Deutschld. auf Flaschen gefüllt, zu verk. **Kindel & Heinberg, Berlin S. 42,** Moritzstr. 22, Teleph. Moritzplatz 4166.

Rein-Aluminiumrohre,
ca. 50 Kilo 18, 20, 22 u. 24 mm innerer Durchmesser, 1 mm Wandstärke, in 5 m Längen abzugeben.
Oscar Schlieper, Charlottenburg, Kaiserin-Augusta-Allee 39.

2000 Feldflaschen, neu, aus Aluminium und Weißblech, für M. 14.— per Stck. sofort abzugeben.
H. Rindl, Nürnberg, Tafelfeldstr. 15.

Sofort abzugeben **2 t S.M.-Stahl,** roh gew., 20 ⌀, 60 kg Festk. **W. Plautz,** Masch.-Fabrik, Reinickendorferst. 50a.

Großabnehmer
für Kartoffeln ges. Zuschr. an **Maronde, Degow i. Pom.**

Mitteldeutsches Papierverarbeitgs.-werk hat vom Lager abzugeben 200 Ztr. 70×100 cm einseitig kaschierte
120er Strohpappe.
Anfragen erbet. unt. A. J. 390 an Rudolf Mosse, Berlin SW.

4000 „P."-
Kisten, Stck. 20.- verkauft **Schories, Spandau,** Neuendorfer Str. 98

Zu verkaufen:
500 Strohmatten 60×85 cm zu M. 25.—.
7500 Reisstrohhandbesen, ca. 40 cm lang, zu M. 15.— per Stck.
Anfragen erbitten **Fa. Hans Rindl, Nürnberg,** Tafelfeldstraße 15.

Pianos f. Export, sof. greifbar. Off. unt. **S. D. 563** an **Rudolf Mosse, Berlin,** Fennstraße 1.

Seidenpapier
wied. vom Lager lieferbar.
Papier großhdlg.
Fritz Salomon,
SW. 68, Lindenstraße 78.
Dönhoff 4367.

Gleichstrommotoren, 3, 5, 6, 7,5 PS., verkauft preiswert **Motoren-Locker,** Rungestraße 18.

---

280 000 Feldflaschen mit Ausführ verkauft **Schreiner, Zehlendorf,** Paulstraße 5.

Benzol-Dynamo, G. & H., 65 Volt, 1,6 Kilowatt;
Benzolmotor, 4 PS., Hochdruckkapselgebl. 3 cbm, verkauft
Schulze, Leipelt & Co. Plötzensee. Moabit 6012.

Schnitte,
Stanzwerkzeuge liefert kurzfristig **E. Schneider,** Werkzeugfabrik, Reinickendorferstr. 46.

Motorrahmen,
erstklassigste Ausführ. große Posten abzugeben.
Rahmenfabrik, Schmidstr. 9.

Kaufgesuche bezügl. Heeresgüter

Alteisen
kauft S. Wolfram,
Berlin SW. 47,
Anh. Güterbahnhf.
Tel. Steinpl. 14231

Papiergarne
Papiergewebe
Papiersäcke
kaufen ständig
Polke & Jakobowski,
Berlin C. 2, Heiligegeiststr. 23

Rechenmaschine
Millionär u. Burroughs
oder ähnl. Fabrikat mit Tasten
zu kaufen gesucht.
Preisangeb. unt. **J. H. 5912** an Rudolf Mosse, SW. 19, erbet.

Wir kaufen jeden Posten neu oder gebraucht:
Gloria-Militärräder
m. Eisen od. Bronzebuchse, 70—80 Buchse

Brigadewagen-Federn
(50 cm lang, 5 cm breit, 6 Blatt) sowie Bremsspindeln,
U-Eisen 10—12 sowie 6,5,
Knüppel-Eisen, 80 ⌀
Flacheisen,
25×8, 40×8—10, 150×8—10, 35×18,
∠-Eisen, 120×80×10, 60×60×8—10.
Offerten unter **P. N. 1087** an **Rudolf Mosse,** Bornholmerstraße 1.

Deckungskauf.
Nachfolgend. Material zu kaufen gesucht:
468 m Feldbahngleis, 65/7×500×5×105,
335 m Feldbahngleis, 55/500×5×105,
5 Muldenkipper, ½×500, fast wie neu,
4 Etagewagen für 500 mm Spurweite, mit eisernen Etagen,
3 desgleichen mit hölzernen Etagen,
4 Zungenweichen, 2½×65×500,
4 Drehscheiben, schmiedeeiserne, 65×500,
900 m Artilleriegleis in 2 m Rahmen auf 3 Dachschwellen.
Angebote unter **J. H. 15203** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Stückbleche,
doppelt dec., 0,5 mm stark, Mindestmaß 180×500 mm, 1 mm — 130×500 mm, jeden Posten kauft. Offerten unter **So. N. 658** an **Rudolf Mosse, Berlin,** Wiener Straße 1—6.

Gebrauchte Militärfeldküchen
zu kaufen gesucht.
Muscate, Becke & Co. A.-G., Grimmen i. Pommern.

Stoffe
für **Unterröcke, Kinderkleider** in **Wolle, Baumwolle, Seide** kauft gegen **Kasse S. Noah, Berlin C.,** Kaiser-Wilhelm-Straße 51.

Offerten
auf alles werden gewünscht. Angebote unter „**3039**" an **De Forenede Annoncebureauer, Kopenhagen B.**

Gut erhaltenes **Speisezimmer** aus Privathand zu **kaufen gesucht.** Off. m. Preisangabe u. **A. H. 389** an **Rudolf Mosse, Berlin SW.**

Gesucht:
Elektromotore
in allen Stärken neue, gebrauchte, auch defekte gegen vorherige Kasse.
Äußerste Preisangebote erbeten
Peitzmeyer & Co., Bad-Oeynhausen i/Westf.

Schwarzes Flacheisen, 30×5, 35×6, 33×5, auch kurze Enden, zu kaufen gesucht.
Brama, O. 27, An d. Michaelbrücke 1.

Off. v. Poliertuch, Handtüchern, Wischtüchern, Staubtüch., Waschleder (imitiert und echt), nur von konkurrenz- u. lieferungsfähig. Fabriken erbittet **Aage Gjødde,** Vesterbrogade 100, **Kopenhagen B.**

Briefmarken
Raritäten sowie große Sammlung f. Privatmann zu hoh. Preisen zu kaufen. Off. unt. **U. 3043** an Rudolf Mosse, Berlin SW 19.

Lederabfälle
jeder Qualität und Größe nach wie vor
Kaffakäufer.
Salomo Kaufmann, C. 25, Kaiserst. 11/12. Tel. Kgstdt. 1849.

Herrenstoffe
jegl. Art gesucht.
Jul. Marcus, Bln., Burgst. 30. Norden 10555.

Tiefziehblech,
3 to, 2 × dec., 0,75 bis 0,8, gesucht.
Roosdorf & Hochhäusler, Bln. SO. 33.

Faustfhdsch. kft. Tews, Mariend., Dorfstr. 5.

Kaufe Schmirgel,
echt Naxos, Ersatz und Elektrit Nr. 8, 11 und 14.
Offert. u. **J. J. 3055** an Rudolf Mosse, Bln. SW. 19.

Ich suche zur sofortigen Abnahme gegen Cassa:
Blaue Marine-Tuchhosen **m. Klappe,** auch in **Pilot,** Marine-Jumper in Tuch und Drell für Seeleute. Marine-Joppen, Delanzüge u. Mänt. Kesselanzüge.
Erbitte Musterſendung per Post.
M. Rosenthal, Hamburg 9, Ditmar-Koelstr. 26.

B. M. W. Zweizylinder-Motor,
Type M. 2, B. 15, 6,5 PS., leichtgekühlt,
zu kaufen gesucht.
Kuhl & Lippitz K.-G.,
Fabrik für landwirtsch. Maschinen und Eisengießerei,
Jauer, Bez. Liegnitz.

Heeresgegenstände
aus Leder, alt und neu, **auch zerstört,** jeder Art kauft
Georg Schulz, Berlin C. 25, Alexanderstr. 39/40. Tel.: Königst. 3376.

Riemen,
Taschen und anderes **Ledermaterial** a. Heeresbeständ. kauft **F. Schmalinski,** Berlin C 2, Neue Promenade 6. Fernspr. Norden 11997 u. 11938 Gegr. 1881.

Vollständig moderne mechanische
Einrichtung
für
Bleistift-, Federhalter- und Büronadel-Fabrikation
wird gekauft. Ausführliche Offerte an „Bleistift-Maschinen 7369" unt. J. Z. 7833 Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.

Jute- u. Papiergewebe-Säcke,
neu und gebraucht für alle Verwendungszwecke **liefern prompt u. preiswert,** ebenso große Posten **dringend zu kaufen gesucht.** Anfrag. u. Angeb. erbet. an **Gebr. Abisch,** Sackgroßhandlung **Berlin N. 37,** Choriner Straße 84. Telephon Norden 10 964 und 10 965.

Lederwaren, Riemen, Geschirrteile
aus Heeresbeständen **kaufen**
Gebr. Rapaport, Berlin C. 2, Spandauer Str. 11. Zentrum 9938 und 9839.

Kaufe Posten greifb. Stoffe, feldgr. Kammg., Pilot, Mansch. **Berl. Mech. Kleiderfabr.,** Lichtenberger Straße 22.

Anzüge, Schuhe,
neu und gebraucht kauft großen Posten **Adolf Hesse, Berlin,** Mittelstr. 23.

Kaufe Riffelmaschine
zum Riffeln von Mühlwalzen.
Angebote mit Preisangabe unter **J. K. 3053** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Militär-ausrüstungen,
Uniform, Unterwäsche, Schuhe, Tornister, Zelte, Decken usw. sofort greifbare Waren, in bedeutenden Quantitäten gegen Kasse kauft
„Americo"
Berlin SW., Kochstraße 28/30.

Zur prompten Lieferung wird gesucht eine
Leimauftragmaschine
für Warmverleimung mit über 1100 mm Arbeitsbreite in bester, gebrauchsfähiger Ausführung, evtl. gebraucht. Gefl. Angebote mit Preisen und Lieferzeit sowie Abbildungen unter Angabe des Besichtigungsortes erbitten
Holsatia-Werke,
Neumanns Holzbearbeitungsfab. Kom.-Ges. a. Aktien, Altona-Ottensen, Arnoldstr. 16/20.

Erbitten **Eilofferte** in
Kannendeckelhalt. m. Tropfer.
Offerten unter **J. U. 12390** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19,** erbeten.

Schuhcremegläser,
große Posten, auch Restposten, Inhalt 25—70 Gr., m. u. ohne Schraubdeckel **gesucht.** Off. unt. **Be. 9242** an die Ann.-Exped. **Max Berger, Berlin W. 30.**

Zur Erneuerung von 1220 m Gleis brauchen wir:
160 St. Schienen F. 8d je 15 m
4 St. Spurrillenschienen F. 8a je 13 m
40 St. eiserne Schwellen No. 51 m
1880 St. eiserne Querschwellen No. 71d
80 St. eiserne Breitschwellen No. 66b
mit sämtlichem Zubehör. Angebote an
Direktion Magerviehhof Berlin-Friedrichsfelde.

Segeltuche
jeder Qualität und Farbe, **sucht Luitpold Landmann, Berlin SW. 68** Feilnerstr. 1. Telef. Dönhoff 4181.

Tafelschere, Schneidemaschine, Blechschere, Rund-, Abkant-, Sickenmasch., Bohrmasch., Amboß, Drehbank, Balancier kauft Hahn, Rüdersdorfer Str. 54.

Zu kaufen gesucht:
1 doppelarmige Exzenterpresse, 15 t Druckleistung, 60 cm Durchlaß, 100 mm Hubhöhe,
1 Decupiermaschine, 60 cm Durchlaß zwischen Werkzeug und Hals,
5 Handhebelscheren, 25 cm Schnittlänge, 4 mm Schnittstärke,
5 Handhebel oder Fußstanzen bis 10 cm lochend.
Sämtliche Maschinen können gebraucht, jedoch müssen sie gut erhalten und betriebsfähig sein.
Uriga G. m. b. H., Wittenberge (Bezirk Potsdam).

Wir suchen zu kaufen 1 gebrauchte, betriebsfähige
Schrottmaschine
für elektrischen Antrieb und offene einbödige Heringstonnen oder ähnliche Fässer, auch offene Teerfässer.
Strassenbaugesellschaft, Flensburger Strasse 7.